

## 8. Sitzung

am Mittwoch, dem 26. November 2003

---

### Inhalt

**Wahl von zwei Mitgliedern und zwei Stellvertretern in den Verwaltungsrat der Stiftung Deutsches Schifffahrtsmuseum**

Mitteilung des Senats vom 29. Oktober 2003  
(Drucksache 16/60) ..... 381

**Erhöhung der Landesinvestitionsmittel für Bremerhaven**

Antrag des Abgeordneten Wedler (FDP)  
vom 4. November 2003  
(Drucksache 16/64)

Abg. Wedler (FDP) ..... 381  
Abg. Tittmann (DVU) ..... 383  
Abg. Frau Wiedemeyer (SPD) ..... 384  
Abg. Lehmann (Bündnis 90/Die Grünen) ..... 386  
Abg. Bödeker (CDU) ..... 387  
Abg. Wedler (FDP) ..... 388  
Staatsrat Dr. Färber ..... 389  
Abstimmung ..... 390

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 5 vom 4. November 2003**

(Drucksache 16/65) ..... 390

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 6 vom 11. November 2003**

(Drucksache 16/74) ..... 390

**Gesetz zur Änderung des Bremischen Wassergesetzes und des Bremischen Abwasserabgabengesetzes**

Mitteilung des Senats vom 4. November 2003  
(Drucksache 16/66)  
1. Lesung ..... 390

**Institut für Seeverkehrswirtschaft und Logistik (ISL)**

Antrag des Abgeordneten Wedler (FDP)  
vom 10. November 2003  
(Drucksache 16/70)

Abg. Wedler (FDP) ..... 391  
Abg. Günthner (SPD) ..... 392  
Abg. Frau Hoch (Bündnis 90/Die Grünen) ..... 393  
Abg. Frau Akkermann (CDU) ..... 393  
Senator Lemke ..... 395  
Abstimmung ..... 395

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Zulassung einer öffentlichen Spielbank**

Mitteilung des Senats vom 11. November 2003  
(Drucksache 16/71)  
1. Lesung

Abg. Breuer (SPD) ..... 395  
Abg. Pflugradt (CDU) ..... 396  
Abg. Möhle (Bündnis 90/Die Grünen) ..... 396  
Senator Röwekamp ..... 398  
Abg. Möhle (Bündnis 90/Die Grünen) ..... 398  
Senator Röwekamp ..... 399  
Abstimmung ..... 399

**Wahl eines Mitglieds des Landesjugendhilfeausschusses**

..... 399

**Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Häfen**

..... 400

**Gesetz zur Nichtanpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen**

Mitteilung des Senats vom 18. November 2003  
(Drucksache 16/77)  
1. Lesung  
2. Lesung ..... 400

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Emigholz, Dr. Güldner, Dr. Schrörs, Frau Wangenheim.

**Präsident Weber**

**Vizepräsidentin Dr. Trüpel**

**Schriftführerin Marken**

\_\_\_\_\_

Senator für Bildung und Wissenschaft **Lemke** (SPD)

Senator für Inneres und Sport **Röwekamp** (CDU)

\_\_\_\_\_

Staatsrat **Dr. Färber** (Senator für Wirtschaft und Häfen)

Staatsrat **Köttgen** (Senator für Bildung und Wissenschaft)

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.01 Uhr.

**Präsident Weber:** Die achte Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich ganz herzlich Herrn Staatsrat Dr. Färber zu seinem heutigen Geburtstag gratulieren. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

#### **Wahl von zwei Mitgliedern und zwei Stellvertretern in den Verwaltungsrat der Stiftung Deutsches Schifffahrtsmuseum**

Mitteilung des Senats vom 29. Oktober 2003  
(Drucksache 16/60)

Die Wahlvorschläge sind in der Mitteilung des Senats enthalten.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(B)

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen  
und Abg. **W e d l e r** [FDP])

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(Abg. **T i t t m a n n** [DVU])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

#### **Erhöhung der Landesinvestitionsmittel für Bremerhaven**

Antrag des Abgeordneten Wedler (FDP)  
vom 4. November 2003  
(Drucksache 16/64)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Staatsrat Dr. Färber.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Wedler.

Abg. **Wedler** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass ich heute mit dem ersten Sachthema hier in Bremerhaven am zweiten

Sitzungstag die Debatte eröffnen kann. Es geht um die Erhöhung der Landesinvestitionsmittel für Bremerhaven, also ein Bremerhaven bezogener Antrag, wie es sich eigentlich auch von der Sache her bei dem Sitzungsort Bremerhaven anbietet.

Sie alle wissen, dass Bremerhaven im Verhältnis zur Stadtgemeinde Bremen, aber auch im Verhältnis zu anderen vergleichbaren Städten tiefgreifende wirtschaftliche Strukturprobleme und erhebliche finanzpolitische Schwierigkeiten hat. Am deutlichsten kann man das am Wirtschaftswachstum und am Bruttoinlandsprodukt erkennen. Bremerhaven erzielte von 1992 bis 2000 – wenn ich das einmal kurz erläutern darf, dafür liegen mir die Zahlen vor, ich stütze mich auf das Bremerhavener Strukturentwicklungskonzept und auf Daten des Statistischen Landesamtes – innerhalb der Gruppe der norddeutschen Küstenländer, und das sind in diesem Fall die Städte Lübeck, Rostock, Wilhelmshaven, Flensburg, Emden, das geringste wirtschaftliche Wachstum, nämlich nur 1,4 Prozent im Jahresdurchschnitt dieses Zeitraums. Die Stadt Bremen erzielte im gleichen Zeitraum dagegen ein Wachstum von 2,9 Prozent und lag damit mehr als doppelt so hoch wie Bremerhaven. Die norddeutschen Küstenstädte erzielten in diesem Zeitraum sogar ein Wachstum von durchschnittlich 4,1 Prozent. Sie können daran erkennen, dass es hier also einen deutlichen Rückstand Bremerhavens gibt.

Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner betrug im Jahre 2000, Anfang 2001 in Bremerhaven zirka 25 100 Euro, in Bremen 36 000 Euro und in den genannten norddeutschen Küstenstädten etwa 29 000 Euro. Bremerhaven liegt also wiederum deutlich darunter.

Dies ist im Übrigen kein Ausrutscher für das Jahr 2000, sondern gilt für die Jahre vorher ganz genauso. Der Abstand Bremerhavens zu Bremen ist, was das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner betrifft, in den letzten Jahren sogar größer geworden. Betrag der Anteil Bremerhavens am gesamten bremischen Inlandsprodukt je Einwohner 1992, also vor der Sanierung, noch 15,3 Prozent im Land, beträgt dieser Anteil heute, 2001, nur noch 13,6 Prozent. Die Position Bremerhavens hat sich also deutlich verschlechtert, und in diesem Zeitraum lief die bremische Sanierung. Das heißt also, was Professor Hickel hier schon einmal öffentlich erzählt hat, dass Bremerhaven in Bezug zu Bremen zurückgefallen ist, wird an diesen Zahlen nochmals deutlich.

Frägt man nach den Gründen für diese „Rückständigkeit“ von Bremerhaven, kommt man sehr schnell auf die wirtschaftliche Struktur und das relativ inhomogene Branchenmix in der Stadt. Große wirtschaftliche Bereiche, zum Beispiel die Werften und ihre Zulieferer und Dienstleister, sind weggebrochen. Auch die Fischindustrie hat nicht mehr die Bedeutung früherer Jahre. Der Dienstleistungssektor ist im Vergleich zu Bremen und zu anderen vergleichba-

(C)

(D)

(A) ren Städten unterentwickelt. Hinzu kommt, dass auch der Bereich des öffentlichen Dienstes und einige sonstige Bereiche wie zum Beispiel das Militär in Bremerhaven unterentwickelt beziehungsweise in den letzten Jahren stark geschrumpft sind. Die Zuwächse, die es zweifellos im Hafengebiet und anderswo, zum Beispiel im Lebensmittelbereich, Fischereihafengebiet, gegeben hat, haben die Verluste in den übrigen Bereichen nicht ausgleichen können. Den Schwund an Arbeitsplätzen in den kleinen und mittleren Betrieben und damit am Bruttoinlandsprodukt in Bremerhaven hört man nicht, nur die Betroffenen und die Statistik erzählen davon.

Mit der ungünstigen Wirtschaftsstruktur Bremerhavens eng zusammen hängt die überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit in der Stadt. So betrug die Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen im Oktober 2003, die letzte verfügbare Zahl, in Bremerhaven 17,6 Prozent und lag damit um 0,7 Prozent über dem Vorjahresmonat, ist also gestiegen, und sie hat mit diesem Wert ostdeutsches Niveau erreicht, nicht erreicht, sondern hat es behalten. In abstrakten Zahlen sind das, wenn man es einmal umrechnet, 9 737 Personen. Gemessen an der aktuellen Einwohnerzahl, zirka 120 000 Personen, sind das 8,13 Prozent der Bremerhavener Einwohner. Jeder zwölfte Einwohner Bremerhavens ist also arbeitslos.

(B) In der Stadt Bremen lag die Arbeitslosenquote im Oktober 2003 bei 11,7 Prozent. In absoluten Zahlen sind das immer noch 31 025 Personen, ebenfalls eine sehr große Zahl, die wir so eigentlich auch nicht akzeptieren können. Gemessen an der aktuellen Einwohnerzahl, nämlich 540 000 ungefähr, sind das „nur“ 5,7 Prozent aller bremischen Einwohner. Hier ist also „nur“ jeder achtzehnte Einwohner arbeitslos. Ich will das damit nicht bagatellisieren, das ist natürlich ebenso beklagenswert, ich will damit nur die Relation zu Bremerhaven deutlich machen.

Man kann die Strukturschwäche und damit die finanzpolitischen Probleme Bremerhavens auch an weiteren Indikatoren festmachen, zum Beispiel am Steueraufkommen insgesamt, der Steuerkraft pro Einwohner, der Zahl der Sozialhilfeempfänger mit ihrem Anteil an der Gesamteinwohnerzahl, der Zahl der Erwerbspersonen oder der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Das will ich aber nicht tun, sondern nur feststellen, dass Bremerhaven bei all diesen Werten sowohl im innerbremischen Vergleich als auch im Vergleich zu anderen Städten ähnlicher Größenordnung stets schlecht abschneidet.

Die Folgen dieser Strukturschwäche sind verheerend. Sie führen unter anderem dazu, dass die Stadt Einwohner verliert, nicht nur an das Umland, sondern auch in das übrige Bundesgebiet, auch wenn dieser Schwund sich im letzten Jahr etwas verlangsamt hat. Zugleich verliert sie damit Steuerkraft. Mit diesem Verlust an Steuerkraft verliert die Stadt zu-

nehmend ihre Fähigkeit, den vorhandenen Leistungsstandard für ihre Bürger aufrechtzuerhalten.

(C)

In fast allen Plänen und Äußerungen des Senats zu Bremerhaven werden die Strukturprobleme Bremerhavens ebenfalls beklagt und Abhilfe versprochen. Doch leider klaffen zwischen dem, was alles überlegt und versprochen wird, und dem tatsächlichen Tun des Senats für Bremerhaven häufig Lücken, und zum Teil machen die Fachplanungen einzelner Ressorts das wieder zunichte, was an wirtschaftlicher Förderung Bremerhavens auf der anderen Seite angestrebt wird. Bestes Beispiel dafür war gestern in der Bürgerschaft zu hören, als es um die Innenstadtentwicklung ging, um den Mietvertrag von bremenports und den Hotelkomplex, der dort geplant ist, und um den Versuch, so interpretiere ich das, mit diesem Mosaikstein, den man da herausbricht, das Gesamtprojekt ins Wanken zu bringen. Das ist das beste Beispiel. Das können Sie übrigens heute auch in der „Nordsee-Zeitung“ nachlesen.

Jeder weiß, dass die Stadt Bremerhaven ohne das Land, ohne die finanzielle Unterstützung des Landes nicht leben kann. Die eigene Steuerkraft der Stadt ist viel zu gering. Das ist gestern Abend bei dem Empfang auch deutlich geworden, als der Stadtverordnetenvorsteher davon gesprochen hat. Umgekehrt ist aber auch klar, dass Bremen als Land nur existiert, weil Bremerhaven mit im Boot sitzt. Ohne Bremerhaven verliert Bremen mit Sicherheit seinen Status als Bundesland, denn kein anderes Bundesland und auch nicht der Bund wären bereit, die Stadtgemeinde Bremen ohne den Verbund mit Bremerhaven als eigenständiges Bundesland zu akzeptieren. Der Blick nach Hamburg nützt an der Stelle überhaupt nichts. Deshalb liegt es im ureigensten Interesse Bremens, dass Bremerhaven wirtschaftlich und finanziell nicht den Bach hinuntergeht. So will ich das einmal flapsig formulieren.

(D)

Seit etwa zehn Jahren gibt es den Artikel 65 Absatz 3 unserer Landesverfassung, der deutlich macht, dass das Land Bremen, die Freie Hansestadt Bremen, in der Pflicht steht, den Zusammenhalt der beiden Gemeinden und die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im Land, das heißt in den beiden Städten, zu gewährleisten. Das Land ist also in der Pflicht, für gleichwertige Lebensverhältnisse im Bundesland zu sorgen und den Zusammenhalt der beiden Kommunen zu fördern. Wenn in der Landesverfassung vom Land die Rede ist, dann sind sowohl der Senat und die Ressorts gemeint, aber eben auch wir hier, die Bremische Bürgerschaft.

Bei den regionalwirtschaftlichen Betrachtungen des Bundes und der EU, gelegentlich aber auch bei entsprechenden Überlegungen hier im Lande, zum Beispiel im Förderprogramm LIP 2000, ist nicht die Einwohnerzahl beziehungsweise das Verhältnis der Einwohner der beiden Städte zueinander maßgeblich für die Verteilung der Mittel oder Gewährung von Zuschüssen, sondern andere, insbesondere sozial-

(A) wirtschafts- und finanzpolitische Indikatoren wie zum Beispiel die Arbeitslosenquote, Steuerkraft und so weiter, die ich eben schon genannt hatte. Eigentlich sind das auch die besseren Indikatoren für eine Verteilung der wirtschafts- und finanzkraftstärkenden Mittel im Lande. Bremerhaven schneidet bei der Anwendung solcher Indikatoren wegen seiner strukturellen Wirtschaftsprobleme stets besser ab. Das heißt, die Fördersätze sind in der Regel höher als in Bremen zum Beispiel.

Seit Jahren schon kritisieren wir, das heißt die FDP, in Bremerhaven mehr noch als in Bremen, die 25-Prozent-Quote für die Verteilung der Landesinvestitionsmittel, die aus dem Verhältnis der beiden Einwohnerzahlen abgeleitet wird, weil diese Quote die Unterschiede im Lande und die strukturellen Probleme Bremerhavens nicht erfasst und weil sie zur Lösung der Problemlage viel zu gering ist. Das tatsächliche Verhältnis der beiden Einwohnerzahlen beträgt übrigens, ich habe es einmal nachgerechnet, genau 22 Prozent. Die tatsächliche Quote liegt also nur geringfügig höher, ist also kein besonderes Entgegenkommen und Eingehen des Landes auf die Probleme Bremerhavens. Wenn ich in meinem Antrag gleichwohl am Verhältnis der Einwohnerzahlen festhalte, dann aus rein praktischen Gründen. Ich kann in einem politischen Antrag kein neues, kein besseres Indikatorenmodell vorschlagen. Wenn man so etwas machen würde, würde man sich mit Sicherheit an den Bundes- und EU-Förderprogrammen orientieren, da gibt es unterschiedliche, für Bremerhaven wesentlich günstigere Fördersätze, und wie die geschickterweise konstruiert werden sollen, kann man sich dann überlegen.

(B) Bei den Aufrechnungen für die Bemühungen des Landes für Bremerhaven spielen die Hafeninvestitionen stets eine große Rolle. Da bis auf den Fischereihafen aber alle aktiven Häfen im Gebiet der Stadt Bremerhaven hoheitlich zu Bremen gehören und sämtliche Einnahmen daraus auch dort zu Buche schlagen, profitiert Bremerhaven von diesen Dingen überhaupt nicht. Selbst das Argument, dass die Lohn- und Einkommensteuern in Bremerhaven anfallen und hier möglicherweise verbucht werden, zieht nur begrenzt, weil es viele Einpendler aus der Umgebung gibt, und diese zahlen an ihren Wohnsitzgemeinden dann die entsprechenden Steuern. Die größten Vorteile hat nach einem Gutachten des BAW und des ISL die Stadt Bremen. Deshalb müssen wir die derzeitige Quote von 25 Prozent für die Verteilung der Landesinvestitionsmittel deutlich erhöhen. Mein Vorschlag ist eine Erhöhung auf 30 Prozent und dabei ausdrücklich die Hafeninvestitionen nicht mitzurechnen.

Als Letztes noch: Wenn bei den Investitionen in Bremen die Möglichkeiten der Kapitaldienstfinanzierung und der Bremer Aufbaubank miteinbezogen werden, denke ich, dann sollte das für die Bremerhavener Investitionen ebenfalls gelten, diese Mög-

lichkeiten dürfen nicht allein nur für Bremen gelten. Deswegen meine Bitte: Nur durch einen zeitlich befristeten Ruck – ich sehe das als zeitliche Komponente an, bis der Angleichungsprozess stattgefunden hat, danach kann es sich wieder normalisieren – können die wirtschaftlichen Strukturprobleme Bremerhavens wirksam bekämpft werden. Ich bitte deshalb um Zustimmung zu meinem vorgelegten Antrag. – Vielen Dank!

(C)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Angesichts des wirtschaftlichen und finanziellen Niedergangs der Stadt Bremerhaven werde ich dem Antrag mit der Drucksachennummer 16/64, Erhöhung der Landesinvestitionsmittel für Bremerhaven, als Bremerhavener Landtagsabgeordneter selbstverständlich zustimmen.

Meine Damen und Herren, es reicht nämlich bei weitem nicht aus, wenn die Bremer Landesregierung seit 28 Jahren das erste Mal aus solidarischen Gründen quasi pro forma für die Stadt Bremerhaven in Bremerhaven eine Landtagssitzung abhält und diese eine Landtagssitzung dann als den großartigen solidarischen Beitrag für die Stadt Bremerhaven feiert. Meine Damen und Herren, dieser kleine Beitrag reicht nun wirklich nicht aus, um der leider völlig ruinierten Stadt Bremerhaven effektiv zu helfen!

(D)

Die Bürger der Stadt Bremerhaven sind auch völlig zu Recht der Meinung, trotz der jetzigen zwei Bremerhavener Senatoren, dass Bremerhaven von der Bremer Landesregierung wirtschaftlich und finanziell drastisch benachteiligt wird. Dieser Meinung kann ich nur in vollem Umfang zustimmen. Ich denke hier nur einmal daran, dass die Überseehäfen immer noch zum Hoheitsgebiet der Stadt Bremen gehören und dass es ein Übel ist, dass die Stadt Bremerhaven von den dort erwirtschafteten Gewerbesteuern – 2002 waren es zirka 3,6 Millionen Euro – nicht einen Cent erhält, oder aber daran, dass durch den Verzicht der fünfprozentigen Zuweisung für Lehrer und Polizei der Stadt Bremerhaven jedes Jahr sage und schreibe sechs Millionen Euro, also fast zwölf Millionen DM, verloren gehen. Diese fünf Prozent sind Landessache und sonst gar nichts! Ich könnte das noch weiter ausführen, aber will es erst einmal dabei belassen.

Wie Sie nur anhand dieser wenigen Beispiele erkennen können, haben viele Bremerhavener Bürger Recht mit ihrer Meinung hinsichtlich einer Benachteiligung Bremerhavens durch die Bremer Landesregierung. Da stimme ich denen vollkommen zu. Darum fordere ich im Namen der Deutschen Volksunion im Interesse der Stadt Bremerhaven und zum Wohle ihrer Bevölkerung: Erstens, die Hoheitsrechte der Überseehäfen in Bremerhaven müssen schnellstens ohne viel Gerede zum finanziellen Vorteil der Stadt

(A) Bremerhaven geändert werden. Zweitens, die Kosten für Lehrer und Polizei müssen zu 100 Prozent vom Land Bremen übernommen werden. Das ist Landessache und Landesaufgabe. Drittens, um dem wirtschaftlichen und finanziellen Ruin der Stadt Bremerhaven auch nur ansatzweise begegnen zu können, ist es dringend erforderlich, dass die Landesregierung ihre Mitteleinsätze für Bremerhaven deutlich und spürbar effektiv erhöht. Das heißt, dass die Investitionsmittel der Landesregierung von 25 Prozent auf mindestens 35 Prozent erhöht werden.

Diese Forderungen der Deutschen Volksunion sind zwar nur ein kleiner Schritt, ein Tropfen auf den heißen Stein in der richtigen Richtung, ich rate Ihnen aber dringend, diese Forderungen zum Wohl der Stadt Bremerhaven und im Interesse der Bevölkerung schnellstens und ohne lange nutzlose Diskussion umzusetzen. Damit haben Sie wenigstens schon einen kleinen Anfang zur strukturellen Verbesserung der von den politisch Verantwortlichen wirtschaftlich und finanziell ruinierten Stadt Bremerhaven getan.

Meine Damen und Herren, Herr Wedler, so ganz ernst scheint Ihr heutiger Showantrag wohl doch nicht gewesen zu sein. Sie suggerieren hier den Bürgern vollmundig, dass Sie sich auf einmal und plötzlich Sorgen um die finanzielle Zuweisung des Landes für Bremerhaven machen würden. Dabei vergessen Sie ganz, dass Sie damals schon, vor zehn Jahren, als FDP-Kommunalpolitiker in der Stadtverordnetenversammlung die große Möglichkeit gehabt hätten, mit Ihrem damaligen FDP-Senator Jäger Ihre jetzt großartigen und vollmundigen Forderungen für Bremerhaven zum Wohle der Bevölkerung effektiv umzusetzen. Da kam aber von Seiten der FDP diesbezüglich nichts, und das, obwohl Ihnen damals schon als verantwortlicher Kommunalpolitiker die wirtschaftliche und finanzielle Notlage der Stadt Bremerhaven bekannt war.

Jetzt aber, befürchte ich, ist es bei dieser stimmenmäßigen Übermacht der großen Koalition zu spät. Sie wissen doch ganz genau, dass diese große Koalition Ihren Antrag heute einheitlich ablehnen wird. Vor zehn Jahren aber mit einem FDP-Senator in der Landesregierung hätten Sie es vielleicht schaffen können. Sie haben als FDP damals im Landtag und in der Stadtverordnetenversammlung schon so erbärmlich versagt, wie Ihre FDP-Fraktion in Bremerhaven in dieser Legislaturperiode erbärmlich versagen wird, das sage ich Ihnen heute schon voraus.

Meine Damen und Herren, das Traurige an der ganzen Sache ist die Tatsache, dass die hiesigen Micky-Maus-Redakteure der hier ortsansässigen einseitigen Comiczeitung Sie und Ihre FDP wahrscheinlich hochjubeln müssen, während man die DVU-Anträge sowie meine Redebeiträge insgesamt der Bevölkerung aus Angst verschweigt oder nach hinten schiebt so wie gestern Abend. Ich glaube kaum, dass die „Nordsee-Zeitung“ nur eine Zeile über meine

Redebeiträge und die Anträge der Deutschen Volksunion berichten wird und wenn, dann nur einseitig, hetzerisch und negativ. Aber die Bevölkerung wird das schon merken beziehungsweise hat es schon gemerkt. – Ich bedanke mich!

**Präsident Weber:** Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Wiedemeyer.

Abg. Frau **Wiedemeyer** (SPD)\*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Wedler, was Sie hier abgeliefert haben, war, glaube ich, eine Rede, die sich nur mit der Rückständigkeit Bremerhavens beschäftigt hat, und ich glaube, das hat Bremerhaven, hat seine Bevölkerung hier überhaupt nicht verdient.

(Beifall bei der SPD)

Was wir hier brauchen, was Bremerhaven braucht, ist ein Aufbruch, und den gilt es für uns als Landespolitiker zu unterstützen, und zwar mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln. Ihr Antrag ist leider wenig hilfreich, und auf einzelne Punkte, warum es so nicht geht, werde ich gleich noch eingehen.

Sie haben die Wirtschafts- und Strukturprobleme Bremerhavens herausgestellt. Das ist richtig, und das kann man auch nicht schönreden, und das will auch keiner. Aber in einem Punkt irren Sie. Wenn Sie von den Finanzproblemen Bremerhavens sprechen, hätten Sie auch hier die Statistik bemühen müssen. Es gibt ein objektives Problem bei der originären Steuerkraft Bremerhavens, aber Bremerhaven als Kommune hat, was die Finanzausstattung anbelangt, kein Problem, zumindest nicht verglichen mit anderen Städten gleicher Größe. Das wirkliche Problem, dem wir uns hier widmen müssen, sind die Wirtschafts- und Strukturprobleme. Hier müssen wir ansetzen, und da, glaube ich, sind wir mit Projekten, die hier in Bremerhaven auch mit Unterstützung des Landes gemacht werden, auch auf einem guten Weg.

Ich möchte einige Beispiele nennen, die bezeugen, dass es hier einen Strukturwandel gibt, der zwar noch nicht ausgeprägt genug ist, aber immerhin begonnen hat. Schauen Sie zum Beispiel T.I.M.E. Port an! Das wurde gestern auch diskutiert, und Sie selbst haben, glaube ich, als Ergänzungsantrag auch in Ihrem Antrag eingefordert, jetzt die Stufen zwei und drei zu machen. Schauen Sie doch nach, welche Reputation das AWI hat, wie viele Arbeitsplätze rund um den Wissenschaftsbereich hier in Bremerhaven geschaffen worden sind und auch weiter entstehen werden! Ich glaube, dass da die Zukunft dieser Stadt liegt. Schauen Sie auf das Kreuzfahrtterminal, das in diesem Jahr eröffnet wurde! Ich glaube, die Zahl der Schiffe, die dort demnächst ihre Kreuzfahrten starten werden, spricht doch für sich. Das war eine Investition, die sich gelohnt hat und maß-

\*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C)

(D)

- (A) geblich dazu beiträgt, dass Bremerhaven auch außerhalb unseres Landes und dieser Region ein bedeutender Standort wird, auch für den Bereich Tourismus.
- Wir haben gestern den Antrag zur Belebung und Attraktivitätssteigerung der Innenstadt diskutiert. Es gab eine große Einigkeit hier in diesem Haus über alle Fraktionen hinweg, dass da etwas getan werden muss, und ich glaube, dass wir auch mit den Maßnahmen nicht sehr weit auseinander waren. Ein ganz wichtiger Aspekt, den hat auch Siegfried Breuer gestern noch einmal bestätigt, er wurde von den Grünen extra noch einmal angesprochen, ist die Frage, dass wir die Bevölkerung mitnehmen müssen. Nicht ohne Grund gibt es auch hier in Bremerhaven das Programm Urban. Das Programm Urban setzt genau darauf an, nicht nur von oben zu schauen und irgendetwas hinzusetzen und zu sagen, das ist es, und jetzt muss irgendwie Wirtschaftswachstum generiert werden, wir steigern das Sozialprodukt allein dadurch, dass wir Beton bauen. Nein, das Urban-Programm setzt damit an, dass wir alle mitnehmen und gerade weiche Standortfaktoren wie Bildung und Kultur, aber auch Sozialstrukturen und demographische Entwicklung einbeziehen und dann fragen, wir haben das Programm in Bremen auch schon erfolgreich gemacht, welchen Beitrag zum Beispiel Kultur zur wirtschaftlichen Entwicklung einer Stadt beitragen kann. Da gibt es ganz enorme Effekte. Ich glaube, das ist der richtige Weg, den müssen wir gehen.
- (B) Wir müssen hier ansetzen, wir müssen im Wirtschaftsbereich die Lokoquote erhöhen. Es reicht nicht, wenn hier einfach Container angelandet werden, und es passiert nichts weiter damit. Es muss dafür gesorgt werden, dass hier in Bremerhaven auch eine Weiterverarbeitung der Produkte erfolgt. Das sind, glaube ich, die Punkte, an denen wir ansetzen müssen und an denen sich etwas tun muss.
- Sie haben vollkommen Recht damit, wenn Sie sagen, wir müssen zu einer Verteilung kommen, die bedarfsgerecht ist. Wir haben das aufgegriffen. In der Koalitionsvereinbarung steht auch, dass wir uns wieder einmal mit dem Finanzausgleich Bremen-Bremerhaven beschäftigen werden. Der hat nicht das Ziel zu schauen, wo kann man etwas wegrasieren und wo kann einer dem anderen etwas wegnehmen, wo kann man einfach etwas verschieben, sondern der hat genau dies zum Ziel, bedarfsgerecht zu schauen, wie eine bedarfsgerechte Finanzausstattung der Kommune und insbesondere Bremerhavens beschaffen sein muss, damit hier die entsprechenden Mittel fließen. Natürlich gibt es bei anderen Sozialstrukturen auch andere Bedingungen, im Bereich der Schule, aber auch im Bereich der Sicherheit.
- Ihre fünf Prozent, die Sie angesprochen haben, greifen allerdings zu kurz. Wenn Sie sich näher mit dem Haushalt beschäftigt hätten, hätten Sie auch mitbekommen, dass wir bei der Umstellung auf Landespolizei in Bremen daran gegangen sind und natürlich im städtischen kameralen Haushalt zukünftig diese fünf Prozent auch gestrichen haben. Es ist mitnichten so, dass der Innensenator für die Stadt Bremen konsumtiv fünf Prozent mehr zur Verfügung hat, um da irgendwelche Ausgaben zu tätigen.
- (C) Sie haben eine bedarfsgerechte Verteilung gefordert. Das haben Sie in Verbindung mit Ihrer Aussage gebracht, dann würde es günstigere Fördersätze für Bremerhaven geben. Ich glaube, diese Betrachtung allein ist eigentlich schon ein bisschen das personalisierte Übel, das wir leider immer wieder in dieser Stadt hier vorfinden. Von günstigeren Fördersätzen zu sprechen und dann eigentlich etwas herauszustellen, das zeigt, wo die Schwächen noch sind, ist, glaube ich, der verkehrte Ansatz. Ich glaube, das Wort günstig hat an dieser Stelle überhaupt nichts zu suchen. Bedarfsgerecht ja, aber günstig ist das wirklich nicht!
- Wünschenswert wäre es doch, wenn die Entwicklung so wäre, dass man darauf kommen würde, dass es alles so toll wäre, dass man bestimmte Sachen gar nicht mehr auszugleichen braucht, wenn die Arbeitslosigkeit heruntergeht, wenn es weniger Sozialhilfeempfänger gibt. Ich glaube, das ist eine Wortwahl, die sollte man hier wirklich noch einmal überdenken, wenn es darum geht, hier in dieser Stadt für diese Stadt etwas zu machen.
- (D) Sie haben fälschlicherweise die Hafeninvestitionen angesprochen. In Ihrem Antrag fordern Sie sogar, dass die Hafeninvestitionen nicht einbezogen werden, da der größte Nutzen aus den Hafeninvestitionen sich für Bremen-Stadt ergebe. Erstens glaube ich, dass alle Landesinvestitionen, die wir tätigen, insgesamt den größten Nutzen für das gesamte Land Bremen haben, und jeder Arbeitsplatz, der im Land Bremen und in unseren beiden Städten hier geschaffen wird, ist ein großer Nutzen für uns alle. Dann schauen Sie doch einmal nach, wer in diesen Häfen arbeitet! Ich wette, dass ein Großteil der Beschäftigten hier aus Bremerhaven und aus der umliegenden Region kommt. Wenn Sie gestern davon gesprochen haben, dass Bremerhaven eine oberzentrale Funktion hat, dann gehört es auch dazu, dass da Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden.
- Ich glaube nicht, dass es unbedingt eine Frage der Hoheit ist, wie die Wirtschaftskraft und die Stärke Bremerhavens sich hier entwickeln. Ich glaube, dass hier durchaus der Nutzen in Bremerhaven größer ist als der in der Stadt Bremen. Im Übrigen, auch das hat etwas mit dem Länderfinanzausgleich zu tun, die Stadt Bremerhaven wird im Finanzausgleich derzeit so behandelt, als wenn sie 66 Prozent der Steuereinnahmen der Stadt Bremerhaven hat, und sie bekommt automatisch 34 Prozent der Stadtbremer Steuereinnahmen erstattet.
- Das hat zum einen den Anreiz, dass Bremerhaven, wenn es durch eigene Anstrengungen schafft,

(A) diese Prozentsätze von 66 zu steigern, das, was darüber hinausgeht, behalten kann. Aber das heißt auch für Bremerhaven – wir haben heute die Pressemitteilung überall, wir haben gestern die Frage Nachtragshaushalt diskutiert –, das kommunale Steueraufkommen in der Stadt Bremen wirkt über diesen Finanzausgleich automatisch auch steueraufkommensteigernd hier in der Stadt Bremerhaven. Ich glaube, das zeigt doch, dass man hier nicht davon reden kann, dass es irgendwelche Effekte in Bremen gibt, die Bremerhaven hier nicht zugute kommen, im Gegenteil. Ich bin mir sicher, es gibt keinen in der Stadt Bremen, der auf die Idee käme, den Bremerhavenern diesen Beitrag zu neiden, sondern wir freuen uns alle gemeinsam, dass wir im Land bei desolater Haushaltslage diese Mittel zur Verfügung haben und entsprechend einsetzen werden.

(Beifall bei der SPD)

Sie liegen auch in der Frage der Finanzierung vollkommen daneben. Wenn Sie hier so tun, als wenn die Bremerhavener Mittel nicht über den Kapitaldienstfonds finanziert werden würden oder als wenn wir die Aufbaubank dafür nicht nutzen würden, dann ist das schlichtweg falsch. So ist die Welt nicht, dass in der Landespolitik und in den Ressorts die Leute da sitzen und die Gelder unterteilen und sagen, das ist Bremerhaven, und da greifen keine Instrumentarien. Wir haben das ISP, und wir haben bestimmte Förderrichtlinien, wir haben bestimmte Finanzierungsrichtlinien, und all diese Richtlinien werden gleichermaßen genutzt, und es wird erst dann geschaut, was wir mit diesen Geldern machen.

(B)

Wir glauben auch nicht, dass es notwendig ist, den Prozentsatz der Investitionsmittel zu erhöhen. Auch dies ist ein ganz großes Problem. Hier wird immer argumentiert, was ist der Anteil Bremerhavens. Die richtige Frage müsste sein, was sind die Projekte Bremerhavens.

(Beifall bei der SPD)

Wir wissen alle um die besondere Wirtschafts- und Strukturschwäche, und ich glaube, keine Fraktion in diesem Hause würde bei guten Projekten auf die Idee kommen zu sagen, der Anteil Bremerhavens ist aber ausgeschöpft, Pech gehabt, sondern ich glaube, dass wir in Verantwortung für das gesamte Land, wo immer in Bremen und Bremerhaven gute Projekte auf dem Tablett liegen, die wir realisieren können, um hier Leute aus der Arbeitslosigkeit zu holen und die Wirtschaftskraft zu steigern, um das Steueraufkommen zu steigern, wir diese gemeinsam durchsetzen müssen. Diese prozentuale Betrachtung ist doch eigentlich so etwas wie das Ruhekitzen für Bremerhaven, damit da nicht die Befürchtung sein muss, dass man diese Sätze noch unterschreiten würde.

Herr Wedler, ich glaube, Sie werden Verständnis dafür haben, dass wir Ihren Antrag in dieser Form ablehnen müssen. Das hat nichts damit zu tun, dass wir nicht gern für Bremerhaven auch an diesem Pult hier Initiativen ergreifen. – Danke!

(C)

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Weber:** Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Lehmann.

Abg. **Lehmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Wedler, mir ist nicht klar geworden, was Sie konkret mit den zusätzlichen strukturpolitischen Aktivitäten meinten in Ihrer Rede gerade eben, darauf sind Sie nicht konkret eingegangen. Wir hätten auch gern mehr in Bremerhaven, aber wissen die Stadt Bremerhaven und Außenstehende eigentlich, wie schnell denn ihre Projekte verwirklicht werden und vor allen Dingen welche? Wenn Sie mir so ein Beispiel nennen könnten, Herr Wedler, wäre ich Ihnen dankbar. Wenn Gelder da waren, hat es Bremerhaven nie für nötig gehalten, diese Gelder auch rechtzeitig abzurufen. Sicher muss in Bremerhaven mehr getan werden. Wir wissen alle um unsere Stadtteile, um unsere Wirtschaftskraft und um unseren Arbeitsmarkt.

Lieber Herr Wedler, gern hätte ich auch gewusst, wie hoch der Nutzen für Bremen-Stadt nach den Investitionen von Bremen-Land in die Bremerhavener Häfen ist. Leider fallen diese auch zu den Investitionsmitteln von Bremen-Land nach Bremen-Stadt und haben gar nichts mit denen nach Bremerhaven zu tun. Sie schreiben aber in Ihrem Antrag etwas anderes. Damit wollte ich aber nun nicht verwirren, aber auch kein neues Fass aufmachen mit einer Hafendebatte. Wir haben dazu in diesem hohen Hause auch noch des Öfteren die Gelegenheit dazu.

(D)

Die Zeit möchte ich nun anderweitig nutzen, doch sei noch kurz angefügt, dass der Bremerhavener Hafen Landeshafen wird und damit auf Bremerhavener Hoheitsgebiet stünde, das ist ein noch zu lösendes Problem. Aber bis dahin wird es wohl noch lange dauern. Doch egal, wie fragwürdig dann das zu finanzierende Hafenprojekt auch ist, ein schönes Beispiel ist CT IV, ob dann in den Hafen noch mehr Landesmittel fließen würden, ich wäre dagegen, doch brächte eine Strukturänderung klare Zuständigkeiten für eine wirtschaftliche Entwicklung.

Gleichartige Lebensverhältnisse: Das wird noch dauern, bis hier zwischen Bremen und Bremerhaven ein Gleichstand geschaffen wird. Gut, Bremen ist nun einmal die Hauptstadt des Landes und hat andere gewachsene Strukturen, das muss man respektieren. Schon allein aus diesem Grund ist die von Ihnen geforderte Angleichung zwar eine schöne Forderung, doch leider utopisch. Schon vor längerer Zeit hätten, vor Beendigung der Werftenkrise,



(A) die nächsten Industriezweige in Bremerhaven ante portas stehen müssen, doch dem war nicht so. Wir haben nun gegen eine gewaltige Massenarbeitslosigkeit anzukämpfen. Den Weg aus der Krise schaffen wir anders als durch solche Anträge.

Wir lehnen den Antrag jedenfalls ab, da er sehr undifferenziert formuliert ist. Außerdem schränkt er die Sichtweise auf Bremerhaven zu sehr ein. Sie bemerken darin auch in keinem Satz die finanzielle Lage des Landes Bremen, die momentan eher schlecht als recht ist, um es milde auszudrücken. Ihr Antrag stellt zwar das Problem in Teilen heraus, dass Bremerhaven vernachlässigt wird, aber der gesamten Lage Bremerhavens wird er nicht gerecht. Man soll doch erst versuchen, zum Wohle der Bevölkerung Steuergelder sinnvoll zu investieren, als mit Mühe und Not und Ach und Krach die Intensivierung der Wirtschafts- und Finanzkraft in Bremerhaven anzustreben.

Sinnvoll sind die Millionen in den Stadtteilen investiert. Dort wohnen die Menschen, und dort spielt sich das Leben ab, und dort entscheidet sich eine Person, ob sie in der Stadt bleibt oder nicht. Verschiedene Faktoren hängen davon ab, aber das hat Ihnen meine Kollegin Hoch bei der Erläuterung unseres Antrags gestern genauer erklärt. Fazit: Wir lehnen Ihren Antrag aus den genannten Gründen ab. Er ist nicht deutlich genug formuliert und geht nicht auf die Bevölkerung und deren Belange ein. –

(B) Danke!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

**Präsident Weber:** Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Bödeker.

Abg. **Bödeker** (CDU \*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen, meine sehr geehrten Herren! Zunächst einmal halte ich die Diskussion, wie sie hier geführt wird, mit einem Antrag, den man wirklich als Schauantrag bezeichnen kann, für sehr gefährlich. Wirtschaftspolitik ist auch Psychologie. Das Gemjammer in Bremerhaven, wie schlecht wir von Bremen behandelt werden, und das noch verstärkt von Landtagsabgeordneten, auch noch bei einer Sitzung in Bremerhaven, halte ich für töricht und für falsch.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es geht doch auch weiter, und heute in der „Nordsee-Zeitung“ wird auch da wieder darauf hingewiesen. Gestern hat Staatsrat Dr. Färber erklärt, ein Mietvertrag mit Zech wird ausgehandelt, wird vorgelegt, man ist in den Verhandlungen, und dann liest

\*) Vom Redner nicht überprüft.

man heute in der Zeitung: „Mieses Spiel“. Ich denke, man muss abwarten, und ich glaube, das ist auch der Kerntenor, den man hier treffen muss, wir haben Entscheidungen getroffen. Wir sind in wichtigen Umsetzungen von Entscheidungen, was das ISP angeht. Ich will noch einmal Dr. Färber zitieren, nämlich damals, als das Wirtschaftspolitische Aktionsprogramm aufgelegt worden ist, wo war denn das Problem? Das Problem war nicht, dass Gelder nicht fließen konnten, das Problem war ganz eindeutig, dass keine Projekte aus Bremerhaven zur Verfügung standen. Das haben wir inzwischen abgearbeitet, und ich halte das für einen ganz wesentlichen und wichtigen Punkt, und wir sind bei der Abarbeitung.

(C)

Ich will das einmal an einem Beispiel verdeutlichen: Es ist uns doch mit Hilfe Bremens gelungen, 70 Prozent Bremen, 30 Prozent Bremerhaven, die Innenstadt umzugestalten. Wichtig ist dabei nicht nur das Ergebnis der Umgestaltung, meine Damen und Herren, wichtig ist dabei auch, dass während der Umgestaltung bei den Baumaßnahmen viele Aufträge in der Region geblieben sind, und ich glaube, auch das ist Hilfe für den Standort Bremerhaven. Ich mag nicht daran denken, wie die Arbeitslosigkeit in der Bauwirtschaft in Bremerhaven wäre, wenn diese Projekte nicht gelaufen wären.

Meine Damen und Herren, zur Marineoperationsschule! Herr Wedler hat es hier auch wieder angesprochen, und das ärgert mich immer ganz besonders, wenn er dann auch noch Falsches sagt. Wir haben doch alle gezittert bei der Strukturveränderung der Bundeswehr, was mit dem Standort Bremerhaven wird, und Gott sei Dank ist die Marineoperationsschule ausgebaut worden. Es gibt mehr Soldaten in Bremerhaven als vorher. Wir sind dankbar, und die Marineoperationsschule ist auch abgesichert.

(D)

Zum AWI: Frau Wiedemeyer hat es angesprochen, das, was hier an Wissenschaft umgesetzt worden ist, was an Arbeitsplätzen mehr geschaffen worden ist, ist doch ein wesentlicher und wichtiger Punkt. Die Diskussion über die Frage von Hafenhoheit kann man führen, aber es braucht sich doch keiner einzubilden, dass bei einer anderen Hoheitszuteilung das Steueraufkommen für Bremerhaven besser wird.

(Abg. Frau W i e d e m e y e r [SPD]: Im Gegenteil!)

Wir haben ein schlechtes Steueraufkommen, weil natürlich Steuerkraft aus dem Hafen in die Stadt Bremen fließt, aber der innerbremische Finanzausgleich gleicht das wieder aus. Das muss man doch zumindest ehrlich ansprechen, sonst, denke ich, führt man eine falsche und nicht sachgerechte Diskussion.

Ich habe mir hier noch einmal herausuchen lassen, welche Projekte angepackt werden, welche umgesetzt werden. Es sind auch kleine Maßnahmen dabei, über die eigentlich gar keiner spricht, aber man

(A) muss sie doch erwähnen: Anlaufkosten für das ttz, Infrastruktur für den Fremdenverkehr, Columbusbahnhof, Innenstadtentwicklung, Altlastensanierung, Kreislaufwirtschaft, Ökologiefonds, dann die angemeldeten Mittel, kreuzungsfreier Ausbau Cherbouger Straße – man kann sich darüber unterhalten, wie wir es denn organisieren, aber es ist zumindest schon einmal eingeschrieben –, Ausbau Zubringer Mitte, Ausbau Zubringer Geestemünde, Anbindung Columbusbahnhof, Stadtbad Mitte, das, was wir gestern diskutiert haben, der Bereich südliche Innenstadt, Verkehrslandeplatz Luneort, Erschließung des südlichen Fischereihafens, Gewerbeflächenerschließung Stadtgebiet Bremerhaven, Erlebniswelt Auswanderer. Dazu kommen noch die Maßnahmen, die wir beschlossen haben im Bereich Alter und Neuer Hafen, und auch da versprechen wir uns natürlich eine Stärkung von Steuerkraft und eine Senkung von Arbeitslosigkeit, sonst würden wir solche Projekte nicht angehen.

Die Überlegung, das zusätzliche Standbein Tourismus weiter auszubauen, ist richtig, aber das müssen wir doch auch einmal umsetzen. Die Bebauungspläne sind in Rekordzeit geändert, die Bauanträge können gestellt werden. Wir sind dabei, und es muss dann doch auch einmal abgewartet werden, wie sich so etwas eigentlich entwickelt. Wer sich jetzt hinstellt und sagt, wir bekommen zu wenig, führt eine unredliche Diskussion.

(B) Insofern, meine sehr geehrten Damen und Herren, denke ich, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Wir haben die Beschlüsse gefasst, und eines kann auch nicht gelten: Wir sanieren nicht nur die Stadt Bremerhaven. Als Landesparlament müssen wir das Land Bremen sanieren, und immer, wenn Bremerhavener erklären, ohne Bremerhaven wäre das Land nicht existenzfähig, so ist es umgekehrt aber genauso, und wir haben große Aufgaben zu verwirklichen. Insofern, lassen Sie es uns anpacken, und hören wir auf mit dieser Miesmacherei, denn wir haben vernünftige Beschlüsse gefasst, wir haben die Weichen in die richtige Richtung gestellt! Ich glaube, wir haben die Zukunft Bremerhavens insoweit abgesichert.

Eines, denn es ist immer kurz nach dem Frühstück sehr ärgerlich, wenn man dann hier Herrn Tittmann hören muss: Herr Tittmann hat gesagt, aus Angst würden seine Anträge verschwiegen. Ich würde eher sagen, nicht aus Angst, sondern aus Scham. Insofern lassen Sie uns das vergessen! Wir sind auf dem richtigen Weg. Wir sichern die Zukunft Bremerhavens mit Hilfe des Landes Bremen. Dafür sind wir dankbar, und insofern lassen Sie uns weiter arbeiten, und lassen Sie uns nicht immer diese Miesmacherdiskussion führen! Dann geht es besser. – Danke!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

**Präsident Weber:** Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Wedler.

Abg. **Wedler** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Bödeker, wenn Sie sagen Schauantrag, so komme ich, wenn ich mir Ihre Anträge ansehe, insbesondere auch den Dringlichkeitsantrag gestern zur Innenstadtsanierung und einige andere Anträge, zu dem gleichen Urteil.

(Abg. **B ö d e k e r** [CDU]: Dann hätten Sie ja keinen Änderungsantrag zu stellen brauchen!)

Ich würde an Ihrer Stelle vorsichtig sein mit dem Wort Schauantrag. Man kann das auch anders formulieren. Man engagiert sich für eine Sache, in diesem Fall für Bremerhaven und Bremerhavener Dinge. Damit ignoriere ich noch lange nicht die Tatsache, dass ich Landtagsabgeordneter bin und hier die Landesinteressen natürlich sehen und berücksichtigen muss.

Wenn ich in meinem Antrag sage, wir wollen die 25-Prozent-Quote verändern, die sich an der Einwohnerzahl orientiert, eigentlich müsste sie sich an Strukturdaten orientieren, aus praktischen Gründen, die ich in einem politischen Antrag nicht anders machen kann, orientiere ich mich an der gleichen Quote, plädiere aber für eine Erhöhung, dann geht es um diese speziellen Mittel, die nach dieser Quote verteilt werden. Wenn der Topf begrenzt ist oder sich sogar nach unten bewegen sollte, dann geht es natürlich um eine innerbremische Veränderung, ganz klar! So blind ist, glaube ich, keiner in diesem Hause, dass er das nicht sieht.

Ich habe mich bewusst mit dem Antrag nur auf diese Quote und die Landesinvestitionsmittel bezogen und nicht auf die vielen anderen Dinge, die man hier auch noch erwähnen könnte, die zum Teil eben in der Diskussion erwähnt wurden. Ich will darauf nicht groß eingehen. Meine Begründung, warum ich mich jetzt noch einmal etwas intensiver mit diesen so genannten Strukturdaten beschäftigt habe, hat schlicht und einfach damit etwas zu tun, dass ich mich einmal damit beschäftigt habe, warum diese einwohnerbezogene Quote eigentlich falsch ist und warum wir nicht etwas bessere, andere, richtigere Quoten und Indikatoren hier zugrunde legen müssen. In anderen Vorhaben und Projekten, auch des Landes, wird das getan. Deswegen wundert es mich, dass es bei der Verteilung dieser Mittel dann so gehandhabt wird.

Ich halte das in der Sache für falsch, und nur das war die Begründung. Ich wollte damit auf keinen Fall, deswegen möchte ich mich auch gegen diesen Vorwurf wehren, gegen Bremerhaven zu sprechen oder sogar Bremerhaven herunterzureden oder wie das eben genannt wurde, Gejammer, dieses ewige Gejammer. Im Gegenteil, ich wollte gerade ein Plädoyer und einen Punkt setzen, dass wir hier besser behandelt werden, etwas richtiger, was man als Wirtschaftspolitiker an solchen Stellen dann sagt, nach

(C)

(D)

(A) vernünftigen, richtigen Indikatoren und nicht eben nach Einwohnerzahlen. Die einwohnerbezogene Verteilung von Mitteln kann nur dann richtig sein und funktionieren, wenn die Strukturen annähernd gleich sind. Das heißt, wenn es in Bremerhaven und Bremen annähernd gleiche Strukturen gäbe, dann wäre das sicherlich ein richtiges Verhältnis, eine richtige Quote. Das haben wir aber leider nicht. Das habe ich versucht deutlich zu machen. Ich wollte nicht den Standort herunterreden.

Noch einige andere Punkte, Herr Bödeker! Wenn Sie von der Marineoperationsschule reden, übersehen Sie aber komplett, dass die Standortverwaltung und das US-amerikanische Militär weggegangen sind. Ich beziehe mich auf eine statistische Aussage und sage, dieser Wirtschaftsbereich ist heruntergegangen. Das ist eine Zahl, das können Sie nachlesen im Statistischen Jahrbuch, die steht ganz objektiv, faktisch darin. Ich bestreite nicht, dass die Entwicklung an der Stelle und anderswo, beim AWI, vielleicht auch im Hochschulbereich oder Hafenbereich, hochgegangen ist, aber wenn man das per saldo sieht, das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner sich einmal ansieht, dann stellt man fest, es hat sich verschlechtert, der Status Bremerhavens innerhalb des Bundeslandes Bremen hat sich im Sanierungszeitraum verschlechtert. Das ist eine Feststellung, kein Gejammer, sondern nur schlichtweg ein Plädoyer dafür, dass hier die Anstrengungen Bremens für den Standort Bremerhaven nach oben gehen müssen.

(B) Noch eine weitere Bemerkung, weil immer wieder in der Diskussion gesagt wird, die Hoheitsfrage ändere eigentlich nichts, die Arbeit sei ja hier! Das ist falsch! Die Hoheitsfrage verändert die Zahlen, die Statistik. Die eigene Steuerkraft Bremerhavens würde dadurch gestärkt, weil die Steuern dann nämlich in Bremerhaven anfielen. Das hat natürlich Konsequenzen für den innerbremischen Finanzausgleich, klar, selbstverständlich! Man kann dann politisch damit umgehen und sagen, wir verändern das nach unten, so dass das ein Nullsummenspiel ist, auch klar! Aber bleiben wird, dass die eigene Steuerkraft der Stadt Bremerhaven stärker wird, die Abhängigkeit von Bremen wird geringer und damit der goldene Zügel, den wir in Richtung Bremen haben, etwas geringer. Ich will damit jetzt auch nicht die Bemühungen Bremens niedermachen oder schlechtmachen, aber ich stelle fest, dass die Bemühungen Bremens im Grunde genommen nicht ausreichen. Das wollte ich sagen, und wir müssen das hier eben verstärken.

Die anderen Vorschläge, die hier genannt worden sind, kann ich natürlich unterstützen, Lokoquote und solche Sachen, die Bevölkerung mitnehmen, das sind alles Selbstverständlichkeiten. Das wollte ich aber bewusst in diesem sehr speziellen Antrag nicht ansprechen, weil es nach meinem Dafürhalten dort nicht hingehört. Man kann andere Punkte in diesem

Zusammenhang auch erwähnen, die Personalausgaben für Polizei und Lehrer zum Beispiel, und solche Sachen sind ja schon genannt worden. Das sind Dinge, die man hier auch mit in Rechnung stellen sollte, das will ich aber nicht.

Gestern bei dem Antrag Innenstadtsanierung – da war die Frage nach den angeblich fehlenden Projekten, die ich nicht genannt habe – ist eine ganze Reihe von Projekten genannt worden, die ich auch mittrage. Die in Ihrem Dringlichkeitsantrag genannten Projekte finden natürlich auch meine Zustimmung, selbst wenn sie im Detail noch zu diskutieren sind und präzisiert werden müssen. Ich habe selbst eigene Projekte in meinem Änderungsantrag genannt, die man ebenfalls diskutieren und weiter präzisieren kann. Sie können dazu sagen, es ist schon zum Teil auf dem Weg, bei T.I.M.E. Port. Natürlich ist es auf dem Weg, ist auch voll finanziert, das finde ich sogar sehr gut, aber andere Projekte sind eben nicht finanziert. Das ist eben die Frage, um die es an dieser Stelle geht. Deswegen meine Bitte, doch noch einmal zu überlegen, ob es nicht tunlich ist, diesen Antrag, den ich gestellt habe, doch zu unterstützen! – Vielen Dank!

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort Herr Staatsrat Dr. Färber.

**Staatsrat Dr. Färber:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich denke, wir berücksichtigen Bremerhaven schon deutlich überproportional. 25 Prozent ist die Aussage, das ist klare Beschlusslage bei Senat und Koalition. Ich denke, das ist auch gut so. Diesen Streit um höhere Quotierung mit Bremerhaven sollten wir nicht weiter pflegen, denn für mich lenkt er immer wieder ab von dem eigentlichen Problem, das klang vorhin auch schon an, und das ist die Umsetzung von Projekten in dieser Stadt. Ich denke, das ist das, was hier Priorität haben muss.

Wir wissen alle, dass die Situation in Bremerhaven eine sehr, sehr schwierige ist. Die Gründe liegen für mich einmal innerhalb Bremens und Bremerhavens und auch außerhalb. Wenn Sie dann bei uns, Bremen/Bremerhaven, innerhalb der Koalition liegen, dann müssen wir diese Probleme bearbeiten, überwinden, und zwar gemeinsam, Bremen und Bremerhaven, und ich denke, auch fraktionsübergreifend. Wenn sie dann draußen liegen, wenn es darum geht, hier für Projekte zu kämpfen, Investoren zu begeistern und für alle, die irgendwie einen Beitrag leisten können, Überzeugungsarbeit zu leisten, dann muss man das auch bei dieser schwierigen Situation in dieser Stadt gemeinsam machen.

Wenn hier das Thema Hafeninvestitionen angesprochen wird, ist das für mich immer wieder erschreckend. Ich sage deutlich, ich habe für CT IV gekämpft, für Bremerhaven. Wenn dieses Projekt CT IV auch woanders, im Umland und auch gern in

(C)

(D)

(A) Bremen oder sonstwo positive Effekte entfaltet, umso besser! Wenn ich den Umkehrschluss mache und sage, wenn Bremerhaven an CT IV gar nicht interessiert ist, dann lassen wir es doch sein, wäre das für mich eine fatale Entscheidung für Bremerhaven und gegen Bremerhaven, die ich niemals mittragen würde, das möchte ich deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich denke, es ist deutlich, dass die Situation, und das klang immer wieder an, in Bremerhaven schwierig ist. Es kann nicht ausreichen, einfach nur zu fordern, stellt Geld bereit, und dann wird alles besser. Nur Geld bereitstellen, denke ich, bringt es nicht. Es steht ja Geld bereit, und viele Projekte, die wir angedacht haben, die wir berücksichtigt haben, die wir mit Geld ausgestattet haben, sind noch lange nicht umgesetzt. Ich erhebe das nicht als Vorwurf, sondern betone immer wieder die Schwierigkeit, in Bremerhaven Projekte umzusetzen. Das Projekt Alter/Neuer Hafen! Natürlich ist es nicht einfach, Investoren für diese Stadt, für Projekte zu begeistern, das ist schwierig, daran müssen wir gemeinsam arbeiten. Ein anderes Projekt, für das Geld nun eindeutig bereitsteht, Bremerhaven will es aber anscheinend gar nicht umsetzen, ist die Cherbourger Straße.

(B) Was wir machen müssen, ist, denke ich, dass wir vernünftige Rahmenbedingungen gestalten und vernünftige Projekte umsetzen müssen und dass wir sehen, dass wir das möglichst in Public private partnership machen können. Das Strukturentwicklungsprogramm für Bremerhaven steht. Wir wollen es umsetzen in ein Schwerpunktprogramm, das ist in Arbeit. Dieses Programm beinhaltet dann eine Vielzahl von Projekten, und ich meine, dass es am Ende dann eben bei der Umsetzung dieser Projekte nicht am Geld scheitern darf. – Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

**Präsident Weber:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag des Abgeordneten Wedler, FDP, mit der Drucksachen-Nummer 16/64 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Abg. **T i t t m a n n** [DVU] und  
Abg. **W e d l e r** [FDP])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU und Bündnis 90/  
Die Grünen)

Stimmhaltungen?

(C)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 5  
vom 4. November 2003**

(Drucksache 16/65)

Wir verbinden hiermit:

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 6  
vom 11. November 2003**

(Drucksache 16/74)

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

(D)

**Gesetz zur Änderung des Bremischen Wassergesetzes und des Bremischen Abwasserabgabengesetzes**

Mitteilung des Senats vom 4. November 2003

(Drucksache 16/66)

1. Lesung

Wir kommen zur ersten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Änderung des Bremischen Wassergesetzes und des Bremischen Abwasserabgabengesetzes in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

(Bündnis 90/Die Grünen, Abg. **T i t t m a n n** [DVU] und Abg. **W e d l e r** [FDP])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

(A) **Institut für Seeverkehrswirtschaft und Logistik (ISL)**

Antrag des Abgeordneten Wedler (FDP)  
vom 10. November 2003  
(Drucksache 16/70)

Dazu als Vertreter des Senats Senator Lemke.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Wedler.

Abg. **Wedler** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Land Bremen verfügt über ein über die Grenzen hinaus bekanntes Know-how im Bereich der maritimen Wirtschaft. Die Stadt Bremerhaven hat hierbei als der Hafen- und Logistikstandort die herausragende Stellung im Bundesland Bremen. Das ist, glaube ich, Fakt. Das kann man auch immer sehr gut festhalten, auch wenn manche Bremer, insbesondere was den Standort Bremerhaven anbetrifft, offensichtlich immer noch Probleme haben.

Bremerhaven soll, wie wir erst kürzlich der Mitteilung des Senats auf eine Große Anfrage der CDU entnehmen konnten, zu einem maritimen Technologiezentrum weiterentwickelt werden, in dem auch die Logistik eine größere Rolle spielen soll. Das Strukturentwicklungskonzept Bremerhaven 2000 enthält sogar ein ganzes Kapitel zum Thema Logistik. Dort heißt es, wenn ich einmal einen Satz zitieren darf, Herr Präsident: „Bremerhaven soll in der Langfristperspektive bis 2020 zu einem hoch innovativen Logistikstandort weiterentwickelt werden und hierzu zielgerichtet auch die wissenschaftliche Infrastruktur aufbauen.“ Etwas weiter heißt es, ich darf noch einmal zitieren: „Ein moderner Logistikstandort Bremerhaven 2020 ist auf eine Forschungs- und Entwicklungs-, Transfer- und Beratungskompetenz vor Ort angewiesen. Deshalb ist es notwendig, die technologische Leistungsfähigkeit des Logistikbereichs einschließlich technologieorientierter Dienstleistungen in Bremerhaven erheblich zu steigern. Dafür sollen die wissenschaftlichen Logistikeinrichtungen in Bremerhaven ausgebaut, gegebenenfalls um weitere Einrichtungen ergänzt werden“ und so weiter.

Das Institut für Seeverkehrswirtschaft und Logistik, das ISL, in Bremen mit seiner Außenstelle in Bremerhaven ist einer der wissenschaftlichen Träger des hier genannten Know-hows. Es hat, wie mir gesagt wurde, ein internationales Image als neutraler Gutachter und als Beratungsinstitut. Insbesondere die neue Außenstelle des ISL in Bremerhaven soll sowohl die Kooperation mit der Hochschule Bremerhaven fördern, als auch die Rolle des ISL als Innovationsbrücke der beiden innerbremischen Logistikstandorte stärken. Bremerhaven ist jetzt schon der maritime Standort im Lande Bremen, an dem sich der bei weitem größte Teil der Hafenwirtschaft und

-logistik des Landes abspielt und auch näherer Zukunft abspielen wird. Jeder vierte Arbeitsplatz in der Seestadt ist, wie ich dem Strukturentwicklungskonzept entnehme, mit dem maritimen Sektor verbunden.

Zur Ausschöpfung des Forschungs- und Entwicklungspotentials sowie zur weiteren Profilierung der Seestadt Bremerhaven als maritimer Standort bedarf es dringend, wie ich eben zitiert habe, einer Stärkung des beratungsorientierten maritimen Wirtschaftsberichts. Eigentlich gehört das ISL komplett nach Bremerhaven, so wie es die FDP seit Jahren fordert und wie es auch Programmlage bei uns ist. Dabei sind wir uns der engen Verbindung des ISL zur Universität Bremen sehr wohl bewusst. Die Einrichtung der ISL-Außenstelle in Bremerhaven kann in diesem Zusammenhang ein erster Schritt sein.

In jedem Fall sollten aber neue gewerbliche, in privatrechtlicher Form durchgeführte Aktivitäten des ISL in Bremerhaven statt anderswo in der Bundesrepublik angesiedelt werden. Es ist unverständlich, dass das ISL offensichtlich mit Billigung des Wissenschaftssenators außerhalb des Bundeslandes Bremen eine gewerbliche Beteiligungsgesellschaft gemeinsam mit einem auswärtigen Unternehmen gegründet hat und damit in eklatanter Weise sogar gegen selbst gesetzte Zielsetzungen, nämlich Bremerhaven als Logistikstandort zu stärken, und weiterzuentwickeln, verstößt. So steht es auch im Wissenschaftsplan 2010, den wir hier vor einiger Zeit behandelt haben. Ob damit auch die international anerkannte Neutralität des ISL als Gutachter beschädigt wird, kann ich nicht beurteilen. Die Gefahr ist bei solchen Gemeinschaftsunternehmen immerhin denkbar. Auf jeden Fall fließen aber bremisches Geld und bremisches Know-how aus dem Bundesland Bremen ab, und in jedem Fall werden die wirtschaftlichen Spielräume in der Region Bremerhaven mit seiner Hochschule und seinen maritimen Institutionen eingeschränkt, wenn nicht sogar geschädigt.

Das ISL als gemeinnützige Stiftung des Landes ist als so genanntes Aninstitut der Universität Bremen angegliedert und finanziert sich im Wesentlichen aus einem jährlichen Zuschuss des Landes und aus Drittmitteln. Ein Teil der Drittmittel stammt aus gewerblichen Aufträgen, zum Beispiel aus der Beratungstätigkeit. Da der staatliche Zuschuss angesichts der Haushalts- und Finanzlage des Bundeslandes Bremen in den nächsten Jahren sicher nicht steigen wird, kommt den Drittmitteln und damit den Einnahmen aus der gewerblichen Betätigung zunehmend große Bedeutung zu. Da ist es notwendig, sich Gedanken über eine Neustrukturierung dieses Betätigungsfeldes, speziell über gesellschaftsrechtliche, haftungsrechtliche und steuerliche Aspekte zu machen.

Eine Steigerung der Einnahmen aus der gewerblichen Betätigung des ISL kann längerfristig nämlich die Gemeinnützigkeit der ISL-Stiftung in Frage

(C)

(D)

(A) stellen und damit Steuerpflichten auslösen. Außerdem können Haftungsansprüche aus gewerblichen Aufträgen gegen das ISL beziehungsweise gegen die gemeinnützige Stiftung oder sogar gegen den Stifter entstehen, beides keine reizvollen Aussichten.

Nahe liegend ist es dann, eine Ausgründung der gewerblichen Aktivitäten der ISL-Stiftung in eine handelsrechtliche Gesellschaftsform, zum Beispiel eine GmbH und Co. KG vorzunehmen, um diese Risiken einzugrenzen. In eine solche Gesellschaft sollten auf jeden Fall auch kompetente Private, sei es als Unternehmen, sei es als Einzelperson, mit ausgeprägtem Know-how in diesem Bereich, einbezogen werden. Auf diese Weise könnten sogar zusätzliche Aufträge eingebracht werden.

Eine solche neue Gesellschaft gehört angesichts der vielfach erklärten Zielsetzungen, der vielen Papiere und Erklärungen des Senats und auch von Beschlusslagen hier im Hause in jedem Fall hierher nach Bremerhaven, um dem erklärten Ziel, Stärkung des Wissenschafts- und Logistikstandorts Bremerhaven, näher zu kommen. Zweck einer solchen Gesellschaft wäre es, Gewinne zu machen, die dann den Eigentümern, sprich dem ISL und/oder dem Land sowie eventuell einem privaten Dritten zugute kommen.

(B) Mit meinem Antrag fordere ich den Senat auf, ein Konzept zur Ausgründung der gewerblichen Aktivitäten der ISL-Stiftung in eine privatrechtliche Gesellschaft mit Sitz sowie unternehmerischem Mittelpunkt in Bremerhaven zu erarbeiten. Im Sinne einer optimalen Nutzung der bremischen Ressourcen sollte sich eine solche Gesellschaft kompetenten privaten Dritten als Gesellschaftern öffnen, Parallelaktivitäten anderer Bereiche, zum Beispiel bei bremischen, zur Gründung maritimer Beratungsgesellschaften sollten zugunsten der neuen gewerblichen ISL-Gesellschaft zurückgestellt werden. Die Entscheidung, eine auswärtige Beratungsgesellschaft mitzubegründen und mitzubetreiben, sollte nochmals überdacht werden. Ich möchte Sie bitten, meinem Antrag zuzustimmen! – Vielen Dank!

**Präsident Weber:** Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Günthner.

Abg. **Günthner** (SPD)\*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Wedler, Sie haben eben in Ihrer Rede etwas nebulös gesagt, dass die Bremer immer noch Probleme mit Bremerhaven hätten. Für die Mitglieder meiner Fraktion weise ich das auf jeden Fall scharf zurück!

(Beifall bei der SPD)

Wir haben überhaupt keine Probleme mit Bremerhaven, und gerade die Bremer Kolleginnen und Kollegen nicht!

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(C) Lassen Sie mich einmal im Einzelnen die Punkte, die Sie hier genannt haben, durchgehen! Erstens: Die Frage ist doch immer – gut, Sie sind noch nicht so lange Mitglied des Landtages, ich kann nun schon auf vier Jahre Erfahrung zurückblicken –, wenn ich einen solchen Antrag hier stelle, wie befasse ich mich dann mit dem Thema! Die SPD-Hafenfachleute waren am letzten Freitag beim ISL in Bremerhaven und haben sich dort die Aktivitäten erläutern lassen. Das ISL in Bremerhaven, Herr Wedler, ist übrigens keine Außenstelle des ISL in Bremen, sondern das ISL in Bremerhaven ist auch mit Mitteln der Wirtschaftsförderungsausschüsse und des Landes Bremen Anfang des Jahres zu einem Direktorium gemacht worden mit einem eigenen Direktor und soll hier zum Kompetenzzentrum ausgebaut werden.

(Beifall bei der SPD)

(D) Vielleicht nehmen Sie so etwas einmal zur Kenntnis! Herr Wedler, vielleicht wäre es dafür einfach sinnvoll, hier nicht Anträge zu stellen, ohne sich vorher bei den Betroffenen zu informieren. Vielleicht wäre es einmal sinnvoll, vielleicht haben Sie heute Mittag Zeit, es ist gar nicht so weit von hier zum ISL, da geht man über die Brücke, linker Hand liegt dann das BRIG, dort einmal mit Herrn Professor Boll, dem Institutsleiter, zu sprechen oder in Bremen mit den drei anderen Direktoren über die Perspektiven und die Möglichkeiten des ISL zu sprechen! Wir jedenfalls haben mit diesem Schritt, die Außenstelle des ISL in Bremerhaven Anfang des Jahres zu einem Direktorium zu machen, auch einen Schritt dahin getan, dass das ISL am Standort Bremerhaven zu einem Kompetenzzentrum, gerade für Simulations- und Planungssysteme, die dort in der Hauptsache entwickelt werden, ausgebaut werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Dann haben Sie darauf abgehoben, das Land Bremen hätte sich – auch wieder etwas nebulös – mit Geld an einer Consultinggesellschaft beteiligt, und das sei alles hoch problematisch. Das ISL ist zu 50 Prozent an der ISL-Baltic mit Sitz in Lübeck beteiligt. Wissen Sie, welche Aufgaben diese ISL-Baltic hat, Herr Wedler? Vielleicht hätten Sie sich darüber auch beim ISL informieren können! Sie versucht, Forschungsprojekte für das ISL im baltischen Raum zu akquirieren. Das hat mit gewerblichen Aktivitäten herzlich wenig zu tun und genau genommen, Herr Wedler: Die gewerblichen Aktivitäten des ISL sind nur die buchhalterischen Tätigkeiten, die dort ausgeübt werden, auch für andere Institute. Das, was Ihnen als gewerblich vorschwebt, wenn also Professoren des ISL Aufträge für Betreiberunternehmen im asiatischen Raum übernehmen, das trägt zu einem guten Teil mit dazu bei, dass sich die ISL-Stif-

(A) tung finanzieren kann. Das trägt zu einem guten Teil dazu bei, dass das ISL Forschungsprojekte durchführen kann, für die sonst möglicherweise kein Geld da wäre. Ich halte es für ausgesprochen gut, in dieser Form auch eine Mischfinanzierung hinzubekommen.

(Beifall bei der SPD)

Noch eine Bemerkung zu der generellen Frage, wie wir im Land Bremen mit Instituten und Einrichtungen, die in Bremen oder Bremerhaven sitzen, umgehen! Ich sage einmal, das, was Sie am liebsten wollen, bezeichnet man, wenn es um Häfenkonkurrenz geht, immer als Kannibalisierung. Sie wollen, dass sich Bremerhaven und Bremen untereinander kannibalisieren, dass die Bremerhavener hingehen und sagen, wir wollen Unternehmen und Institute aus der Stadt Bremen haben, und die Bremer sagen, wir wollen dann aber in bestimmten Bereichen, dass bestimmte Sachen in Bremerhaven nicht angesiedelt werden. Da hat es in der Vergangenheit zum Teil auch Probleme gegeben. Ich halte das für den falschen Weg.

(B) Wir haben in bestimmten Bereichen gezeigt, dass es gut ist, gemeinsam als Land auch in Konkurrenzsituationen mit anderen Bundesländern, mit anderen Standorten aufzutreten. Ich halte das, was Sie hier vorschlagen, aber für völlig falsch, dass wir innerhalb des Landes Bremen nun gegenseitig versuchen, uns die Aktivitäten und Institute abzuwerben und zu sagen, das bringt dann groß etwas. Deswegen, Herr Wedler, werden wir Ihren Antrag, der Kollege Bödeker hat eben den Begriff „Showantrag“ für den anderen Antrag benutzt, man könnte das hier ähnlich sagen, „Showantrag“ ablehnen. Reden Sie einmal mit den Leuten im ISL, beschäftigen Sie sich einmal vor Ort mit den Themen! Vielleicht kommen Sie einmal zum Hafenausschuss, fragen im Hafenausschuss einmal nach, fragen, ob ein Professor vom ISL dort einmal vorsprechen kann oder ob Sie einmal einen Kontakt vermittelt bekommen können, damit Sie hören, was dort gemacht wird, und dann anschließend stellen Sie Anträge, die aber ein wenig substanzhaltiger sind als dieser Antrag! Wir werden ihn auf jeden Fall ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Weber:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Hoch.

Abg. Frau **Hoch** (Bündnis 90/Die Grünen)\*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Wedler, in einem Punkt stimmen wir mit Ihnen überein.

(Abg. S c h i l d t [SPD]: Was?)

\*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C) Wir finden es richtig, dass Bremerhaven zu einem Wissenschaftsort und zu einem Logistikstandort ausgebaut wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir finden aber die Art und Weise, wie Sie das erreichen wollen, nicht richtig, und zwar haben Sie ja schon deutlich gemacht, dass das ISL eine unabhängige gemeinnützige Stiftung des privaten Rechts ist. Unserer Ansicht nach kann die Bürgerschaft nicht beschließen, den Senat aufzufordern, hier ein Konzept zu entwickeln und dann noch, dass es in eine Gesellschaft des privaten Rechts münden soll und dann in eine GmbH und Co. KG. Ich muss Ihnen aber auch nicht sagen, wie wir diese Gesellschaften sehen und dass bei Gründungen von Extra-Gesellschaften bei uns sowieso die roten Lampen angehen.

Herr Günthner hat schon viel über die Aufgaben des ISL gesagt, und das finde ich auch wichtig. Sie finden viele Partner in ganz Europa, und auch wir haben uns beim ISL erkundigt, und auch uns wurde gesagt, die gewerblichen Aktivitäten, die Sie hier angesprochen haben, die gibt es in der Form nicht. Diese Aktivitäten sind in der Beratungstätigkeit, das sind die Aktivitäten des ISL. Wir finden es auch wichtig, dass diese Aktivitäten mehr ausgedehnt werden können und dass ein Teil auch in Bremerhaven stattfindet, aber dem ISL jetzt vorzuschreiben, in welcher Form es welche Teile seiner Tätigkeit ausgliedern soll, das halten wir nicht für sinnvoll, auch weil die Arbeit dieses Instituts interdisziplinär ist. Da ist es auch nicht sinnvoll, wenn dieser Standort dann an verschiedenen Teilen aufgebrochen wird.

(D) Aus all diesen Gründen werden wir Ihren Antrag ablehnen. Außerdem, was mich ein wenig gestört hat, war auch, dass Sie sagen, das haben Sie schon lange im Programm. Wir, die Bürgerschaft, sind, denke ich, auch nicht dazu da, Ihr Programm umzusetzen. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

**Präsident Weber:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Akkermann.

Abg. Frau **Akkermann** (CDU)\*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Wedler, auch die CDU wird Ihrem Antrag nicht zustimmen, weil wir der Meinung sind, dass es weder richtig noch sinnvoll ist, Teile des ISL auszugründen und den Sitz nach Bremerhaven zu verlegen. Das Institut für Seeverkehrswirtschaft und Logistik, ISL, ist eine Stiftung, und damit liegt es in der Natur der Sache, dass wenige bis sehr wenige gewerbliche Aktivitäten stattfinden. So ist es auch beim ISL.

\*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) Lediglich die Buchhaltung für andere Stiftungen des Landes Bremen ist den gewerblichen Tätigkeiten zuzuordnen, und diese Stiftungen haben, Sie werden es ahnen, alle den Sitz in Bremen. Allein unter diesem Gesichtspunkt können wir Ihrem Antrag nicht zustimmen. Die Drittmittelgelder zu Forschungszwecken, auch das ist Fakt, stellen keine gewerbliche Tätigkeit dar, denn letztendlich ist das, was das ISL hauptsächlich tut, forschen, sehr wenig gewerbliche Tätigkeit.

Des Weiteren besteht das ISL seit fast 50, um genauer zu sagen, 49 Jahren an beiden Standorten, nämlich Bremen und Bremerhaven, wie meine Vordröner eben schon ausgeführt haben. Das Institut und seine Direktoren sind damit zufrieden. Hierzu sei noch anzumerken, dass die Direktoren an den jeweiligen Standorten natürlich auch Lehrverpflichtungen nachgehen, und so etwas ist sicherlich einem Umzug auch nicht gerade dienlich.

Ich möchte kurz noch einmal etwas zum ISL selbst sagen: Das ISL besteht aus vier Abteilungen, drei Abteilungen sind mit 45 Mitarbeitern in Bremen angesiedelt, eine Abteilung ist in Bremerhaven mit neun Mitarbeitern beheimatet. Jede Abteilung wird von einem Direktor geleitet. Weiterhin verfügt das ISL weltweit über eines der größten Informationszentren für Seeverkehr und für öffentliche statistische Marktanalysen. In der Vergangenheit hat das ISL immerhin fast 90 Projekte in Bremen und Bremerhaven durchgeführt, eines der letzten waren die Recherchen zum Containerterminal.

(B) Das ISL beschäftigt sich in den vier verschiedenen Abteilungen mit unterschiedlichen Bereichen. Zum einen sind es die logistischen Systeme in der Mikro- und Makrologistik. Diese Abteilung eins sitzt in Bremen. Da ist jetzt gerade ganz aktuell auch ein neues Forschungsprojekt bewilligt worden, was dann logischerweise in Bremen abgearbeitet wird, zumal das in enger Zusammenarbeit mit Instituten der Universität, unter anderem auch mit dem FoLo, dem Forschungsverbund Logistik der Universität Bremen, stattfindet.

Die zweite Abteilung beschäftigt sich mit maritimer Wirtschaft und Verkehr, sprich Prognosen für die Seeverkehrswirtschaft. Sitz ist ebenfalls in Bremen. Die dritte Abteilung in Bremen ist Informationslogistik, Konzeption und Entwicklung spezieller Software zu so genannter Middleware.

Die vierte Abteilung, und die ist in Bremerhaven beheimatet, beschäftigt sich mit Planungs- und Simulationssystemen, wo zum Beispiel Terminals nachgebildet werden, und das, und da bin ich ganz Ihrer Meinung, Herr Wedler, ist in Bremerhaven richtig und gut beheimatet, denn dort sitzen sie dann vor Ort und können auch mit den Unternehmen vor Ort zusammenarbeiten.

Alle diese vier Abteilungen sind autark und sollten es auch bleiben. Das ISL ist ein international an-

erkanntes, sehr renommiertes Institut und hat sicherlich einen erheblichen Anteil am Aufwärtstrend des Logistikstandortes, gerade an beiden Standorten, Bremen und Bremerhaven. Das ISL erhält lediglich öffentliche Zuschüsse in Höhe von 15 Prozent aus dem Bereich Bildung und Wissenschaft, das hatten Sie auch angeführt, das ist aber eine Grundfinanzierung, und das ist auch gut so. Die wird nämlich, Herr Wedler, für die Bibliothek, für Statistik und Grundlagenforschung verwendet. Das wird immer wieder auch von den Studenten der Universität Bremen genutzt, aber natürlich auch von anderen Institutionen. Die restlichen Haushaltsmittel für dieses Institut in Bremen und Bremerhaven werden durch Erlöse aus Gutachten für Landes- und Bundesbehörden sowie aus anwendungsnaher Beratung erwirtschaftet.

Wie Sie meiner Darstellung entnehmen konnten, gibt es seit Jahrzehnten eine ausgezeichnete und enge Zusammenarbeit sowohl innerhalb des Instituts in Bremen und Bremerhaven, aber auch mit anderen Instituten jeweils vor Ort, die wunderbar funktioniert. Herr Wedler, da frage ich Sie doch: Warum soll das geändert werden?

Des Weiteren muss ich sagen, Herr Wedler, wenn Sie wirklich ernsthaft an diesem Thema interessiert wären, hätten Sie doch wohl zumindest mit einem der vier Direktoren des ISL gesprochen. Das haben Sie nicht getan. Ich kann nur vermuten, weil es Ihnen gar nicht um die Sache als solche geht, sondern einfach, weil es hier um Populismus zum Thema Bremerhaven geht, und das können wir nicht befürworten.

(Beifall bei der CDU)

Abschließend lässt sich zusammenfassen, dass eine Ausgründung und Verlegung der gewerblichen Aktivitäten des ISL nach Bremerhaven weder sinnvoll noch richtig ist. Es ist nicht sinnvoll, einen Bereich auszulagern, wenn dadurch keine positiven Effekte entstehen. Es ist auch nicht richtig, mit Macht eine Veränderung herbeizuführen, die gar nicht aus dem eigenen betroffenen Haus befürwortet wird und die letztendlich nur unnötige Kosten verursacht.

Für Bremen als Haushaltsnotlageland ist dieser Antrag absolut nicht tragbar. In der heutigen finanziellen Situation, in der wir uns befinden, sollten wir uns auf Dinge beschränken, die wir gemeinsam vertreten, die sinnvoll und angemessen sind. Deshalb lehnt die CDU-Fraktion eine Ausgründung gemäß Ihrem Antrag der FDP, Herr Wedler, entschieden ab. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Weber:** Als Nächster hat das Wort Herr Senator Lemke.

(Abg. K a s t e n d i e k [CDU]: Er hätte vorher seinen Antrag zurückziehen können!)

(C)

(D)



(A) **Senator Lemke:** Das ist offensichtlich nicht der Fall!

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach den Redebeiträgen der letzten drei Abgeordneten hier fällt es mir leicht, in ganz kurzen Worten noch einmal zusammenzufassen: Das ISL ist ein hoch renommiertes Institut mit Sitz in Bremen und Bremerhaven. Es ist hoch angesehen, und es ist auch absolut korrekt, dass es eine Kooperation mit der genannten Firma in Lübeck beziehungsweise mit der dort beheimateten Institution hat. Es gibt ein gutes altes Bremer Sprichwort, Herr Wedler, das sollten Sie auch kennen, „Buten un binnen, wagen un winnen“, und wenn wir damit den baltischen Raum, wie Herr Günthner das hier eben auch ganz klar gekennzeichnet hat, erreichen, dann ist das absolut positiv und im Sinne Bremens und Bremerhavens.

Meine Damen und Herren, die drei oder vier wesentlichen Bereiche des Instituts umfassen ja die Forschung, die Lehre, die Beratung und die Information, und zwar für alle Bereiche, sowohl für die Unternehmer als auch für die Behörden, für weitere Bereiche unserer Gesellschaft. Frau Kollegin Akkermann hat das eben auch noch entsprechend vorgebracht. Wenn wir die wenigen marginalen gewerblichen Aktivitäten ausgründen und sagen, wir fordern jetzt von dem Institut die Ausgründung, was ist dann mit dem Bereich der Forschung, was ist mit dem Bereich der Lehre! Das würde sich dann erübrigen. Wir hätten absolut kontraproduktiv gehandelt.

(B) Deshalb, sehr geehrter Herr Wedler, halte ich diesen Antrag für absolut kontraproduktiv. Er ist möglicherweise aus Ihrem Parteiprogramm ableitbar. Dass Sie das hier einbringen, ist Ihr gutes Recht, aber dieser Antrag ist weder im Interesse des ISL noch im Interesse Bremerhavens oder Bremens und daher abzulehnen. – Danke sehr!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

**Präsident Weber:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag des Abgeordneten Wedler, FDP, mit der Drucksachen-Nummer 16/70 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Abg. W e d l e r [FDP])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU und Bündnis 90/  
Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

## **Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Zulassung einer öffentlichen Spielbank**

Mitteilung des Senats vom 11. November 2003  
(Drucksache 16/71)

1. Lesung

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Röwekamp.

Nachträglich möchte ich Ihnen mitteilen, dass die staatliche Deputation für Inneres zur Kenntnis genommen hat, dass das Gesetz über die Zulassung einer öffentlichen Spielbank geändert wird und weiterhin Kenntnis nimmt von den Auswirkungen auf die Stiftung „Wohnliche Stadt“.

Wir kommen zur ersten Lesung.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Breuer.

Abg. **Breuer** (SPD)\*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vorab: Die SPD-Fraktion wird in der ersten Lesung der Änderung dieses Gesetzes zustimmen. Es hat zunächst einmal, wenn wir diese Operation durchführen, für den bremischen Haushalt wahrscheinlich einen sehr positiven Effekt im Rahmen des Länderfinanzausgleichs. Wir werden hier doch, die Erwartung hegen wir zumindest, einen erheblichen zusätzlichen Betrag in den Haushalt einstellen können. Wenn wir dies machen und einen weiteren Betrag, der bisher aus der Spielbankabgabe an die Stiftung „Wohnliche Stadt“ geflossen ist, jetzt in den Haushalt einstellen, wird es auch ein Beitrag, nicht ein riesiger, aber doch ein erklecklicher Beitrag, zur Haushaltskonsolidierung sein. Die negativen Auswirkungen für die Stiftung und für die Aufgaben, die die Stiftung in den letzten Jahren in Bremen und Bremerhaven wahrgenommen hat, werden natürlich ein erheblich verminderter Betrag sein.

Nun ist in den vergangenen Jahren, das kann ich mehr für die Stadt Bremerhaven beurteilen, aber ich habe mir auch in den letzten Wochen angesehen, was teilweise in Bremen damit gemacht worden ist, sehr viel Positives in beiden Städten im Bereich Kultur, im Bereich von Stadtteilentwicklung, aber auch bei Schulen, Denkmalpflege und Ähnlichem mehr gemacht worden, und wir sind der Auffassung, dass, wenn wir dieser Gesetzesänderung hier jetzt zustimmen, bis zur zweiten Lesung verbindlich sichergestellt werden muss, dass die Stiftung weiterhin, so will ich das einmal bezeichnen, ausreichende Finanzmittel zur Verfügung haben muss, damit wir diese Aktivitäten und Investitionen in beiden Städten auch künftig, wenn auch auf etwas niedrigerem Niveau, trotzdem weiter durchführen können.

Wir haben bei der Situation der Stiftung ein Problem, dass wir durch etwas größere Investitionen, ich will da einmal die beiden Theater sowohl in Bre-

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) men als auch in Bremerhaven nennen, einige Vorverpflichtungen haben, so dass, wenn das so schlicht und ergreifend umgesetzt werden würde, wir in den nächsten Jahren dort eigentlich nicht mehr über nennenswerte Finanzmittel verfügen würden und die Aktivitäten eingestellt werden müssten.

Die SPD-Fraktion ist der Auffassung, dass dies nicht eintreten darf, sondern dass hier Vorschläge erarbeitet werden müssen. Es gibt einige Vorschläge, die schon auf dem Tisch liegen, die müssen aber nach unserer Auffassung bis zur zweiten Lesung, die im Dezember stattfinden soll, verbindlich geregelt werden. Für die Aktivitäten brauchen wir auch in den nächsten Jahren Finanzmittel, um insbesondere Geld für Aktivitäten, für Investitionen in den Stadtteilen zur Verfügung zu haben, dass wir hier Initiativen unterstützen können, für Plätze, Straßen, Denkmalpflege und Ähnliches mehr weiter in den Stadtteilen. Dafür brauchen wir einen bestimmten Betrag, und das muss nach unserer Auffassung, wie ich gesagt habe, vernünftig und gut geregelt werden. Das bedeutet, dass die Vorverpflichtungen, die wir aus diesen Großprojekten haben, auch so organisiert werden in den nächsten Jahren, dass es die Stiftung nicht erdrosselt.

(B) Lassen Sie mich noch als Letztes hinzufügen! Wir sind in der SPD-Fraktion der Auffassung, dass solche Großinvestitionen wie die Sanierung von Theatern und Ähnliches mehr natürlich mit den verminderten Beträgen, die dann der Stiftung zur Verfügung gestellt werden, nicht mehr gemacht werden können, sondern dass kleinere Investitionen, die wir insbesondere, ich habe schon darauf hingewiesen, in unseren Stadtteilen in Bremen und Bremerhaven durchführen müssen, und andere große Investitionen, die noch geplant sind, dann logischerweise über den ganz normalen Haushalt abfinanziert werden müssen.

Wir bitten also darum, dass dies bis zum Dezember geregelt wird. Dann können wir auch als SPD-Fraktion in der zweiten Lesung den Schlussstrich unter diese Änderung positiv ziehen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Weber:** Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Pflugradt.

Abg. **Pflugradt** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Koalitionsausschuss gibt es eine Aussage zur Frage Einbeziehung der Spielbankabgabe. Seit 1987 die Spielbankabgabe in die Berechnung des Länderfinanzausgleichs einbezogen wird, soll dieser Nachteil ausgeglichen werden, und das ist in den entsprechenden Gremien so beraten und beschlossen worden. Dagegen können wir uns überhaupt nicht wehren, sondern finden das sehr gut, weil wir dadurch zusätzliche Einnahmen für unser Bundesland generieren.

(C) Auf der anderen Seite soll aber sichergestellt werden, dass die Stiftung „Wohnliche Stadt“ erhalten bleibt, weil die Funktion, die sie bei verschiedenen Projekten ausgeübt hat, eine wichtige Funktion war. Wir führen heute die erste Lesung durch. Bis zur zweiten Lesung muss sichergestellt werden und soll sichergestellt werden, dass die Funktion der Stiftung erhalten bleibt, und diese Gespräche, die da noch zu führen sind, warten wir ab. Dann werden wir im Dezember die zweite Lesung durchführen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Weber:** Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Möhle.

Abg. **Möhle** (Bündnis 90/Die Grünen)\*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, es geht in dieser Frage, ganz deutlich gesagt, um die Existenz der Stiftung „Wohnliche Stadt“.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(D) Die Stiftung „Wohnliche Stadt“ hat, wenn man sich die Geschichte anschaut, meiner Meinung nach gut gearbeitet, hat gute Projekte unterstützt, hat vor allen Dingen kleine Initiativen, die sonst keine Finanzmittel bekommen hätten, unterstützt, und es ist etwas passiert, womit vorher wohl keiner so richtig gerechnet hat. Man hat, als man das Spielcasino eingerichtet hat, gesagt, okay, die Mittel wollen wir genau für diese im Stiftungsziel definierten Zwecke ausgeben. Es gab dann mehr Einnahmen, als das möglicherweise erwartet wurde, und es gab den Beschluss des Senats zur Auflösung liquider Mittel. Das heißt, 15,54 Millionen Euro sind angesammelt worden, die nicht ausgegeben worden sind, und da ist damals beschlossen worden, dass haushaltsentlastende Maßnahmen aus der Stiftung mitfinanziert werden sollten.

Dieser Beschluss war auch in Ordnung, dagegen kann man nichts sagen. Da ist dann das Goethe-theater genauso saniert worden, wie das Rathaus restauriert wurde und ähnliche andere größere Projekte, die eigentlich nicht dem Stiftungszweck entsprechen. Das kann man mittragen, wenn man weiß, dass es eine Haushaltsnotlage gibt.

Im Stiftungsrat selbst ist auch sehr gründlich darüber diskutiert worden, dass man sehr wohl weiß, wie knapp die Haushaltsmittel sind, und dass die Stiftung auch bereit ist, sich da positiv engagiert einzubringen, nur, was jetzt passiert ist, dass man einerseits die angesparten Mittel anders ausgibt, dass man dann sagt, man will auch noch kürzen, und im Grunde genommen sind die Mittel für die nächsten Jahre schon festgelegt, die sind ausgegeben, das

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) heißt, der Stiftungsrat braucht eigentlich nicht mehr zu tagen, weil es gar nichts mehr zu verteilen gibt.

Dann sagen Sie doch bitte, meine Damen und Herren aus der großen Koalition, dass Sie die Stiftung abschaffen wollen! Dann sagen Sie doch genau, dass es das ist, was Sie wollen, denn das, was Sie jetzt in diesem Gesetz beschließen wollen, läuft genau darauf hinaus! Wenn man den beiden Vorrednern, die hier gesprochen haben, zugehört hat, hat man das Gefühl, irgendwie ist Ihnen dabei auch ganz mulmig.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Die wollen das gar nicht wahrhaben! Die stecken den Kopf in den Sand!)

Richtig wohl fühlen Sie sich jedenfalls mit Ihrer Entscheidung irgendwie scheinbar nicht.

Wenn dann gesagt wird, es soll zur zweiten Lesung sichergestellt sein, dass die Stiftung weiterhin existieren kann, dann frage ich mich: Warum stellen Sie so etwas eigentlich nicht zur ersten Lesung sicher?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf des Abg. D r . S i e l i n g [SPD])

(B) Es macht überhaupt keinen Sinn, Herr Sieling, darum heruzureden. Das, was Sie jetzt beschließen, ist der Anfang vom Ende der Stiftung „Wohnliche Stadt“ und sonst gar nichts!

(Abg. D r . S i e l i n g [SPD]: Völliger Quatsch!)

Ja, völliger Quatsch, das können Sie ja so sagen, völliger Quatsch, ich sage, genauso wird das sein, und ich habe ganz wenig Lust, am Ende als Rechthaber dazustehen, aber das wird sich genauso entwickeln.

Wenn Sie das wollen, dann sagen Sie, Sie schaffen die Stiftung „Wohnliche Stadt“ ab! Dann tun Sie die Mittel in den Haushalt, dann richten Sie Töpfe ein, die man wie auch immer nennen kann, die die gleichen Zwecke wie die Stiftung „Wohnliche Stadt“ verfolgen, dann mag das angehen! Wenn Sie aber einfach sagen, Sie wollen das streichen, dann gefährden Sie bis hinein in die Beiratsgebiete, bis hinein in die Kleinprojekte und die Stadtteile genau die Projekte, die nämlich mit Hilfe der Stiftung „Wohnliche Stadt“ positive Arbeit, innovative Arbeit für unser Bundesland, denn das gilt ja auch für Bremerhaven, geleistet haben.

Das alles wollen Sie hiermit sozusagen gefährden, und da kann ich Ihnen ganz deutlich sagen, entweder machen Sie das eine, und dann machen Sie es offen und sagen, okay, wir wollen die Mittel im Haushalt haben. Dann bekommen Sie meine Zustimmung nur, wenn Sie das über ausgewiesene Töpfe sicher-

stellen könnten, aber nicht, wenn die Mittel der Stiftung „Wohnliche Stadt“ irgendwie im Nirwana in der Haushaltsberatung versickern! Damit tun Sie all diesen Projekten, die im Übrigen ja auch über Jahre hinweg wissen, dass die „Wohnliche Stadt“ im Zweifel dann auch immer ein Finanztopf für kleinere Projekte war, keinen Gefallen, sondern die machen Sie gleich mit kaputt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Da kann man ruhig klatschen, das finde ich auch! Ich habe jetzt schon Anträge auf dem Tisch liegen aus Beiratsgebieten, Schulen, Kindergärten, die sagen, sie wollen ihren Spielplatz umbauen, und es gibt keine Haushaltsmittel dafür. Deswegen wenden sie sich an die Stiftung „Wohnliche Stadt“. Wenn Sie das alles ersatzlos streichen wollen, dann bitte, meine Damen und Herren, sagen Sie das auch, machen Sie das nicht klammheimlich! Sie plündern sozusagen die Stiftung „Wohnliche Stadt“ aus, Sie verpflichten die Stiftung „Wohnliche Stadt“, Mittel auszugeben, die haushaltsentlastend sind, und dann sind die Mittel weg. Auf Jahre hinaus braucht der Stiftungsrat, das habe ich vorhin schon einmal gesagt, dann eigentlich nicht mehr zu tagen. Das finde ich unredlich, das finde ich nicht in Ordnung.

Die Krönung des Ganzen ist dann, wenn Sie in den Wirtschaftsförderungsausschüssen, wie letzte Woche, immer noch behaupten, dass für Projekte in der Stadt sozusagen Hunderttausende an Mitteln aus der Stiftung „Wohnliche Stadt“ ausgegeben werden sollen. Das ist dann der Gipfel an Scheinheiligkeit, das ist kaum mehr zu toppen.

Ich sage Ihnen, wir lehnen das, was Sie hier vorhaben, ab. Ich glaube, wenn Sie ein bisschen klüger wären, dann würden Sie die erste Lesung selbst erst gar nicht machen, weil ich aus Ihren Redebeiträgen nur entnommen habe, dass Sie sich da überhaupt nicht sicher sind, dass Sie schon ahnen, dass Sie gewaltig Ärger bekommen mit diesem Beschluss. Mit unserer Zustimmung können Sie in dieser Frage jedenfalls überhaupt nicht rechnen.

Ich wäre gern bereit, über Fragen nachzudenken, die die Stiftung sicherstellen. Wenn dann wieder einmal „zu viele Mittel“ anfallen würden, darüber könnte man auch sehr wohl reden. Ich glaube, die Grünen haben damals auch mitgetragen, diese Mittel abzubauen,

(Abg. D r . S i e l i n g [SPD]: Ja, so ist es!)

weil es wenig Sinn macht, dass das eine Art Sparkasse ist. Das ist mir auch völlig klar, aber das, was Sie jetzt beschließen, geht weit darüber hinaus, und ich sage noch einmal, das ist der Anfang vom Ende der Stiftung „Wohnliche Stadt“, und bitte, dann sa-

(C)

(D)

(A) gen Sie das auch so! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Präsident Weber:** Als Nächster erhält das Wort Herr Senator Röwekamp.

**Senator Röwekamp:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Möhle, der Senat und die ihn tragenden Fraktionen werden weder das eine machen, was Sie sagen, also Beibehaltung in der bisherigen Form, noch das andere, was Sie gesagt haben, Abschaffung der Stiftung, sondern wir werden genau das Richtige machen, indem wir mit dem vorliegenden Gesetz die Voraussetzungen dafür schaffen, dass wir, wie viele andere Länder auch, nicht benachteiligt werden im Länderfinanzausgleich durch unsere Zuwendungspraxis an die Stiftung „Wohnliche Stadt“. Das führt dazu, dass wir in unserem Länderfinanzausgleich mehr Geld zur Verfügung haben, und das ist im Interesse des Landes und dient der Sache.

Wir sind Sanierungsland, wir haben mittlerweile jeden Euro mehrfach umzudrehen, das spüren die Bürgerinnen und Bürger in beiden Städten. Deswegen erwarten sie auch von uns, dass wir Entscheidungen und Entscheidungsspielräume nutzen, die dazu führen, dass wir mehr Geld in Bremen behalten können beziehungsweise mehr Geld bekommen. Deswegen bedanke ich mich ganz herzlich bei den Fraktionen von SPD und CDU, dass sie den vorliegenden Gesetzesantrag mittragen möchten.

(B) Selbstverständlich machen wir uns auch gemeinsam Gedanken sehr konstruktiver Art über die Frage, was dann eigentlich mit der Stiftung „Wohnliche Stadt“ passiert. Wer die Vorlage genau liest, weiß, dass die Stiftung „Wohnliche Stadt“ auch in Zukunft Geld bekommen wird. Von daher wäre es völliger Quatsch, Herr Möhle, zu sagen, wir müssen sie auflösen, weil sie kein Geld mehr bekommt. Sie bekommt perspektivisch weniger Geld aus der Spielbankabgabe, so ist es zumindest bisher in der Vorlage vorgesehen, aber ich kann Ihnen sagen, Herr Möhle und meine Damen und Herren, wir sind sehr konstruktiv dabei sicherzustellen, dass die Stiftung, wie im bisherigen Auftrag auch, weiterhin und in Zukunft für die Menschen in Bremen und Bremerhaven in sinnvolle Projekte investieren und diese auch finanzieren kann.

Deswegen werden wir im Laufe der weiteren Beratungen sicherstellen, dass die beschlossenen Projekte mit den Mittelabflüssen in den Jahren 2003 bis 2005, wie in den Zuwendungsbescheiden vorgesehen, auch umgesetzt werden können. Wir grätschen nicht in laufende Projekte hinein, und das betrifft sämtliche Projekte, die vom Stiftungsrat der Stiftung „Wohnliche Stadt“ bereits bewilligt worden sind. Wir werden über die Mehreinnahmen, die wir

durch die Zuflüsse aus dem Länderfinanzausgleich haben, auch eine entsprechende Finanzierung im Rahmen unserer Haushalte sicherstellen können.

(C)

Darüber hinaus, Herr Möhle, auch das spricht für das vorliegende Gesetz, werden wir sicherstellen, dass wir ab 2004 wieder neue Projekte über die Stiftung „Wohnliche Stadt“ finanzieren können. Wenn Sie also sagen, Sie sind für ganz oder gar nicht, dann ist das einfach falsch. Es gibt einen Weg in der Mitte, der es uns zum einen ermöglicht, die fiskalischen Effekte, die wir uns wünschen, tatsächlich zu erzielen, und auf der anderen Seite uns auch ermöglicht, die stadtteilnahe kultur- und städtebauliche Arbeit, die wir mit dieser Stiftung immer über viele Jahre geleistet haben, in Zukunft fortzusetzen.

Wir werden das mit verminderten Geldsummen machen können, das ist klar. Wenn wir sparen müssen, müssen wir überall sparen, das betrifft dann auch die Stiftung „Wohnliche Stadt“, aber die Alternative ist nicht die Auflösung, Herr Möhle, sondern die Alternative ist die Konzentration auf Projekte in der Zukunft, mit denen wir die Städte Bremen und Bremerhaven für die Menschen, die hier leben, lebenswerter und wohnlicher machen können, und dafür werden die große Koalition, dieser Senat und die sie tragenden Fraktionen auch in Zukunft die Gewährleistung übernehmen.

Ich entnehme Ihrem Votum, dass Sie diesen Weg nicht mitgehen wollen, was ich sehr bedauere, aber das ist ja nicht das erste Mal, dass wir in dieser Frage getrennte Wege gehen. Wir werden, was die Stiftung betrifft, weiter zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger eine dauerhafte Finanzierung und weiterhin dauerhafte Projekte sicherstellen. – Vielen Dank!

(D)

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Weber:** Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Möhle.

Abg. **Möhle** (Bündnis 90/Die Grünen)\*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ob das Quatsch ist, was ich sage, na ja, Herr Röwekamp, da bin ich mir nicht so sicher. Möglicherweise ist das, was Sie sagen, ähnlich zu qualifizieren, denn in Wirklichkeit habe ich nicht gesagt, ganz oder gar nicht, sondern ich habe Ihnen die Alternativen aufgezeigt. Dass wir natürlich für den Erhalt der Stiftung sind, glaube ich, habe ich ziemlich deutlich zum Ausdruck gebracht.

Ich glaube jedenfalls, der erste Teil in der Frage Länderfinanzausgleich ist für mich auch nachvollziehbar, damit habe ich nicht die großen Probleme. Sie vermengen das aber mit einer Kürzung der Stiftungsmittel, und das ist sozusagen genau der Knackpunkt, dass die Stiftung nämlich dann nicht mehr über Geld verfügt. Was Sie machen, ist, und das ist

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) natürlich auch so ein bisschen das, ich weiß es nicht, was Ihre Politik so kennzeichnet, jedenfalls Ihre Haushaltspolitik: Sie sagen einfach, in Zukunft wird es auch noch Geld geben. Sie verpflichten sozusagen immer weiter in die Zukunft hinein, irgendwann sind Sie im Jahre 2020 und sagen, na ja, das können wir ja auch noch beleihen. Meiner Auffassung nach geht das so nicht solide zu machen.

(Abg. H e r d e r h o r s t [CDU]: Sondern?)

Der zweite Punkt ist, dass Sie deutlich wissen müssen, oder ich nehme eigentlich an, dass Sie es im Grunde genommen vielleicht sogar auch wissen, dass die Mittel geringer geworden sind, die Abgaben der Spielbank sind geringer geworden. Das heißt, da trifft ein doppeltes Phänomen aufeinander, nämlich geringer gewordene Abgaben der Spielbank und jetzt noch ihre Kürzung. Dann sagen Sie mir ehrlich: Wo sehen Sie da eigentlich noch die Spielräume, wenn Sie es nicht so machen, dass Sie das Ganze bis weit in die Zukunft hinein beleihen, was Sie im Haushalt häufiger machen, was aber unsolide und nicht richtig ist? Das gefährdet tatsächlich die Substanz, die Existenz dieser Stiftung.

Mich ärgert, dass Sie das dann nicht auch so sagen, da muss man so viel Ehrlichkeit und so viel Mut auch aufbringen, dass man nämlich sagt, man will die Stiftung platt machen, dann sagen Sie es doch! Das, was Sie tun, ist genau das, was ich hier gesagt habe, und das ist kein Quatsch, sondern das ist die Realität, die man bei Licht besehen schnell nachvollziehen kann. – Vielen Dank!

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Präsident Weber:** Als Nächster erhält das Wort Herr Senator Röwekamp.

**Senator Röwekamp:** Sehr geehrter Herr Möhle, ich muss ganz ehrlich sagen, das kann unwidersprochen so nicht stehen bleiben. Wenn Sie darunter verstehen, dass man etwas platt macht, indem man ihm in Zukunft jährlich 5,3 Millionen Euro gibt, dann haben Sie Recht. Dieser Gesetzesvorschlag beinhaltet aber, dass wir bei gleichbleibendem Spielertrag in Zukunft jedes Jahr, auch nach dem vorgelegten Änderungsentwurf, 5,3 Millionen Euro an die Stiftung „Wohnliche Stadt“ und damit für stadtteilbezogene Projekte, für die Menschen in dieser Stadt aufwenden und abführen wollen. Da können Sie doch nicht sagen, wir machen die Stiftung platt!

(Abg. M ö h l e [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Haben Sie doch schon ausgegeben!)

Eine Stiftung, die 5,3 Millionen Euro bekommt, ist nicht platt, Herr Möhle, das ist völliger Unsinn!

Sie können ja nicht sagen, wir wollen das eine und das andere nicht! Sie wollen die Effekte aus dem Länderfinanzausgleich, Sie wollen aber die Spielbankabgabe nicht kürzen. Das eine geht ohne das andere nicht. Wir bekommen nur mehr Geld aus dem Länderfinanzausgleich, wenn wir die Spielbankabgabe kürzen, das ist doch der Effekt.

(C)

(Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie wollen offensichtlich kürzen, aber irgendwie trotzdem genauso viel bezahlen wie vorher. Das geht nicht, Herr Möhle! Was geht, ist, und das machen der Senat und die ihn tragenden Fraktionen: Wir werden die verminderte Spielbankabgabe nach dem vorliegenden Gesetz auch in Zukunft dauerhaft zahlen. Wir werden darüber hinaus für die bestehenden Projekte die Finanzierung für die Jahre 2003 bis 2005 sicherstellen, das heißt, es gibt ab 2004 auch frisches Geld für neue Projekte der Stiftung „Wohnliche Stadt“.

Es wird eine vitale, bürgernahe Stiftung bleiben, die viel Gutes für diese Menschen tut. Mich ärgert es einfach, wenn hier einzelne Abgeordnete aus grobem Unverständnis behaupten, wir würden eine Stiftung platt machen. Das Gegenteil ist der Fall, Herr Möhle! Wir sichern die Stiftung langfristig und dauerhaft ab, und dafür benötigen wir Ihre Zustimmung. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

(D)

**Präsident Weber:** Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Zulassung einer öffentlichen Spielbank, Drucksachen-Nummer 16/71, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Abg. T i t t m a n n  
[DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

(Abg. W e d l e r [FDP])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

#### **Wahl eines Mitglieds des Landesjugendhilfeausschusses**

Der Wahlvorschlag liegt Ihnen schriftlich vor.

(A) Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Abg. W e d l e r [FDP])

Ich bitte um die Gegenprobe!  
Stimmenthaltungen?

(Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

#### **Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Häfen**

Auch hier liegt Ihnen der Wahlvorschlag schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

(B) Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Abg. W e d l e r [FDP])

Ich bitte um die Gegenprobe!  
Stimmenthaltungen?

(Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

#### **Gesetz zur Nichtanpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen**

Mitteilung des Senats vom 18. November 2003  
(Drucksache 16/77)

1. Lesung
2. Lesung

Wir kommen zur ersten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Nichtanpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(C)

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Abg. W e d l e r [FDP])

Ich bitte um die Gegenprobe!  
Stimmenthaltungen?

(Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Meine Damen und Herren, da der Senat um Behandlung und Beschlussfassung in erster und zweiter Lesung gebeten hat und die Fraktionen der SPD und der CDU dies als Antrag übernommen haben, lasse ich darüber abstimmen, ob wir jetzt die zweite Lesung durchführen wollen.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Abg. W e d l e r [FDP])

Ich bitte um die Gegenprobe!  
Stimmenthaltungen?

(Abg. T i t t m a n n [DVU])

(D)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

Wir kommen zur zweiten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Nichtanpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Abg. W e d l e r [FDP])

Ich bitte um die Gegenprobe!  
Stimmenthaltungen?

(Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, damit wäre die Tagesordnung für die Sitzung des Landtags beendet. Wir haben alle Punkte abgearbeitet.

Ich schließe hiermit die Sitzung des Landtags und wünsche den Bremerhavener Abgeordneten einen kurzen, vergnüglichen Heimweg.

(Schluss der Sitzung 11.46 Uhr)